

Dritter Teil

Zur Aktualität des Faschismusproblems

Dieser Teil kann nicht einmal die Grundzüge des Faschismus seit 1945 darstellen. Es versteht sich lediglich als eine Skizze der Probleme, die bestehen, und einiger Lösungsversuche, die bisher vorgetragen wurden.

Die bisherigen Untersuchungen haben gezeigt, daß die herrschende Klasse dann nach Liquidierung des parlamentarisch-demokratischen Systems drängt, wenn dieses System ihren Bedürfnissen nicht mehr genügt, für die Verfolgung ihrer Interessen zu einem Hindernis oder sogar durch das Anwachsen demokratischer und sozialistischer Kräfte zu einer Gefahr geworden ist. Unter solchen Umständen versuchen maßgebliche Teile der herrschenden Klasse nach aller Erfahrung, die Demokratie abzuschaffen, die demokratischen und sozialen Rechte der Massen zunächst einzuschränken und - wenn das nicht genügt - vollständig und dauerhaft zu unterdrücken und ein in ihrem Sinne »effektiveres« System, eine terroristische Diktatur, an die Stelle der parlamentarischen Demokratie zu setzen.

Geht man von dieser historischen Erfahrung aus, die sich auf die Errichtung der Diktaturen in Italien 1922, in Deutschland 1933, in Österreich 1934, in Japan zu Beginn der 30er Jahre, in Spanien 1936/39 und auf eine Reihe von Beispielen im Osteuropa der Zwischenkriegszeit stützt, so war nicht zu erwarten, daß mit der Niederwerfung der faschistischen Mächte Deutschland, Japan und Italien im Zweiten Weltkrieg das Problem des Faschismus ein für allemal erledigt sein würde. Da die allgemeinen sozialökonomischen Grundlagen in den kapitalistischen Ländern weiter bestanden, mußte auch mit der Gefahr der Liquidierung der Demokratie von rechts - sei es mit Hilfe einer faschistischen Massenbewegung, sei es mit Hilfe des Militärs - weiterhin gerechnet werden.

A. Die entwickelten kapitalistischen Länder

Die tatsächliche Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat diese Diagnose bestätigt. In den kapitalistischen Hauptländern ist zwar seither nirgends die Demokratie abgeschafft worden, doch es kann nicht übersehen werden, daß es dort starke Tendenzen gegeben hat und weiter gibt, die demokratischen Rechte der Massen wesentlich einzuschränken, die staatliche Exekutivgewalt zu stärken und zu zentralisieren, demokratische und parlamentarische Kontrollmechanismen auszuschalten, demokratische und sozialistische Kräfte als Staatsfeinde und Agenten fremder Mächte zu diffamieren und zu verfolgen usw. Diese Tendenzen waren besonders stark in der Periode des Kalten Krieges, vor allem in den USA und der Bundesrepublik, und sie haben erneut an Boden gewonnen seit dem Beginn der tiefgreifenden Umbrüche und sozialen Krisenerscheinungen seit der Mitte der 70er Jahre. Sie gehen aus und werden getragen vom Staatsapparat selbst. Und sie sind natürlich besonders gefährlich in den Staaten, die eine faschistische Vergangenheit haben und 1945 einen grundlegenden Bruch mit dieser Vergangenheit nicht vollzogen. Dies gilt besonders für die Bundesrepublik, die große Teile der Führungsschichten aus der Zeit des Faschismus in Führungspositionen übernommen hat: in Justiz und Verwaltung, Erziehung und Wissenschaft, Ministerialbürokratie und Geheimdiensten, Polizei und Militär. Diese Führungsschichten haben natürlich auch ihre Ideologien tradiert, die politische Atmosphäre und staatliche Praxis der Bundesrepublik wesentlich beeinflußt und auch die nachrückende Generation der Führungsschichten in ihrem Geiste erzogen. (Jahrelang weigerte sich deshalb die Bundesrepublik, die NS-Akten des Berliner Document-Center zu übernehmen, die ihr die US-Behörden angeboten hatten. Dort sind nämlich genaue Angaben über den größten Teil der NSDAP-Mitglieder mit besonderen Sammlungen über Offiziere, Richter und die Waffen-SS gespeichert, die nicht nur die faschistische Vergangenheit von sehr vielen hochgestellten Persönlichkeiten der Bundesrepublik offengelegt hätten, sondern auch die Kontinuität des staatlichen Machtapparats und der sozialen Führungsschichten im Ganzen.) Dieser Charakter des Staatsapparats und der Führungsschichten ist es, der faschistische Tendenzen in der Bundesrepublik so gefährlich macht

- viel gefährlicher, als wenn zum Beispiel in England die National Front ebenso viele Stimmen erhalten würde wie die NPD auf ihrem Höhepunkt 1966/67. Ein für diesen Staatsapparat der Bundesrepublik bezeichnendes Detail sei erwähnt: Bekanntlich gibt es die Berufsverbote, das heißt die systematische Diskriminierung von Sozialisten, Kommunisten und Radikaldemokraten, in keiner anderen parlamentarischen Demokratie außer der Bundesrepublik, wohl aber gab es sie in den Militärdiktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland. Als die griechische Diktatur die Demokratie liquidiert hatte, arbeitete sie einen Fragebogen aus, den jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst ausfüllen mußte. Er mußte genaue Auskunft über seine politischen Ansichten geben und sich verpflichten, den »nationalen Idealen und der legalen Gewalt mit Treue und Hingabe« zu dienen und »stets den Willen des Staates« zu erfüllen.¹

Alle diese Entwicklungen stellen natürlich noch keinen Faschismus dar, doch sie machen die Gefahren deutlich, die der Demokratie auch heute von rechts her drohen. Und sie können, da sie die demokratischen Rechte und Potentiale schwächen, ideologisch und politisch den Boden bereiten für die vollständige Abschaffung der Demokratie - so wie die Präsidialregime 1930 bis 1933 in Deutschland den Übergang zum Faschismus vorbereitet haben. Daneben haben sich in verschiedenen Ländern faschistische Bewegungen entwickelt, die bisher zwar immer nur vorübergehend Massenanhang gewinnen konnten, die aber doch zeigen, daß es auch heute in den kapitalistischen Gesellschaften faschistische Potentiale gibt, die unter bestimmten Bedingungen, vor allem in Krisenperioden, mobilisiert werden können. Hier ist besonders auf die neofaschistische MSI in Italien hinzuweisen, die seit Jahrzehnten zwischen 5 und 7% der Stimmen erhält und die ihre Hauptaufgabe darin sieht, die Arbeiterschaft »vom marxistischen Bazillus zu befreien«, das Streikrecht einzuschränken und die Todesstrafe wieder einzuführen.² Es ist hinzuweisen auf die NPD in der Bundesrepublik, die 1966/67 in den meisten Bundesländern zwischen 6 und 10% der Stimmen erhielt, sowie auf den Aufschwung der extremen Rechten nach 1987, der sich (bis 1989) in ähnlichen Dimensionen bewegt; auf die National Front in England, die Poujadisten, die OAS und die Nationale Front in Frankreich, die große Zahl faschistischer Gruppen in den USA usw.³ Solche faschistische Gruppen haben, wie die Untersuchung gezeigt hat, nur dann Erfolgchancen, wenn sie von maßgeblichen Teilen der herrschenden Klasse, insbesondere auch von den staatlichen Organen, geduldet und begünstigt werden. Hier ist es nun ganz offensichtlich, daß die Verbindungen der italienischen Neofaschisten bis weit

in den Staatsapparat, in Militär und Polizei hineinreichen. Es ist symptomatisch - um nur ein Beispiel zu nennen -, wenn der Admiral Birindelli, vormals als NATO-Offizier Leiter der Streitkräfte im Mittelmeer, nach seinem Ausscheiden aus dem Amt für die Neofaschisten kandidiert.⁴ Nach Pressemeldungen sollen zu Beginn der 70er Jahre nacheinander drei Putschpläne vorbereitet worden sein, an denen »vier Armeekorps-Generäle, hohe Carabinieri- und Polizeioffiziere, Spitzenbeamte« und andere »wichtige Persönlichkeiten« beteiligt gewesen seien.⁵ Es wurden Listen gefunden mit den Namen von 1.600 zu »liquidierenden Persönlichkeiten«.⁶ In einem Fall hatten die Putschisten das Innenministerium bereits besetzt.⁷ Ein anderer Plan bestand darin, durch Terrorakte die Linke zu provozieren, so die Armee zum Einschreiten zu veranlassen und diese dann in ihrem Vorgehen gegen die Demonstranten zu »unterstützen«.⁸ Selbstverständlich sei auch die »physische Auseinandersetzung« mit der Linken notwendig.⁹

Auch die neofaschistischen Kräfte der Bundesrepublik - von der NPD bis zur Deutschen Volksunion, von der »Wehrsportgruppe« Hoffmann bis zur SS-Nachfolgeorganisation HIAG samt all ihren Presseorganen - werden von den staatlichen Organen geduldet und sind oft personell und strukturell mit der »gemäßigten« Rechten verflochten - zum Beispiel über die »Deutschlandstiftung«, den »Witiko-Bund«, die Vertriebenenorganisationen usw.¹⁰ Auch ideologisch wird ihre Agitation dadurch abgedeckt und salonfähig gemacht, daß in allen wesentlichen Fragen Zeitungen wie das CSU-Organ *Bayernkurier* und die Organe des Springer-Konzerns gleichgerichtete Positionen vertreten.¹¹

Hinzu kommt, daß maßgebliche Politiker und Organe der »gemäßigten« Rechten - von Franz Josef Strauß bis zum damaligen CDU-Generalsekretär Bruno Heck, vom *Bayernkurier* bis zur *Welt* und zur *Frankfurter Allgemeine Zeitung* - die Errichtung terroristischer Diktaturen in anderen Ländern, zum Beispiel in Chile 1973, als notwendig oder sogar höchst erfreulich dargestellt und damit nicht nur diese Diktaturen gestützt, sondern grundsätzlich ihre dubiose Haltung zur Demokratie deutlich gemacht und ideologisch zur Vorbereitung diktatorischer Herrschaftsformen im eigenen Land ihr Teil beigetragen haben. Dieses Lob der Diktatur wird begründet, wie es von der Rechten schon immer begründet worden ist: Die »kommunistische Gefahr« müsse niedergehalten werden, und zwar aus militärstrategischen und innenpolitischen Gründen; wo es keine Arbeiterorganisationen gebe, seien die Arbeitskräfte billiger und die Investitionen lohnender; so sei also recht verstanden - die Diktatur der Garant für die »Freiheit« - nämlich, wie man hinzufügen muß, die Freiheit des Kapitals und der Ausbeutung. Es ist

offensichtlich, daß alle diese Argumente aus der Sicht der herrschenden Klasse und der politischen Rechten sinnvoll sind und ihr Lob auf die Diktatur deshalb auch konsequent ist.

Für die einzelnen Argumentationsmuster ein paar Beispiele: Die Monatszeitschrift *Wehrkunde* (die sicherlich auch aus solchen Gründen von der Bundeswehr jährlich etwa 300.000 DM Zuschuß erhielt) schrieb über die griechische Militärdiktatur: »Der Militärputsch vom April 1967 führte zur Konsolidierung Griechenlands im militärischen Sinne, das heißt eine drohende Gefährdung eines Teils der Südostflanke der NATO konnte abgewendet werden.«¹² Als diese Militärdiktatur einen Volksaufstand im November 1973 im Blute erstickt hatte, schrieb die *Welt*: »Die im Hafen von Piräus liegende 6. amerikanische Flotte ist in der Nahost-Krise der Eckstein der amerikanischen Macht und Strategie.« Schon deshalb habe dieser Versuch der »Linksradikalen« niedergeworfen werden müssen.¹³ Und die *Rheinische Post* bemerkte trocken: »Das Ausmaß der Erhebung machte dann einen um so härteren Einsatz nötig«; um »eine Hoffnung auf Demokratie zu erhalten«, mußte sie »mit Panzern geschützt werden.«¹⁴ Die spanische Diktatur war aus der Sicht der Unternehmer ein »Eldorado«: »Vor allem die Sicherheit vor Streiks« besteche »jeden Unternehmer ... Wird gestreikt wie bei PYR in Moncada, dann räumt die Polizei das Werksgelände von unbotmäßigen Arbeitnehmern.«¹⁵ Eine spezielle Studie der Handelskammer der Bundesrepublik über Spanien kam zu dem Ergebnis: »Der Chef kommandiert auch als Präsident des Betriebsrats«. Die Unternehmensleitung »kann jederzeit die Polizei rufen, wenn es zu Streiks kommt, oder Arbeiter aussperren.«¹⁶ Und über Portugal schrieb die Springer-Zeitung *Hamburger Abendblatt*: »Die noch niedrigen Löhne, durch die Portugal mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1000 Dollar im Jahr eins der ärmsten Länder Europas ist, sind zugleich für Investoren ein Standortvorteil... So sahen nicht nur die Farbwerke Hoechst, die jetzt ein Werk in Portugal eröffnen, das Land als guten Standort. Grundig, Siemens, AEG, Bayer, Schering und BASF, Bosch und Agfa-Gevaert haben schon Adressen am Tejo.«¹⁷ Als diese schöne heile Diktaturwelt zu zerbröckeln begann, äußerte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ihre »Furcht vor den Gefahren des Neubeginns«: »Das Mittelmeer ist eben jetzt alles andere als windstill. Portugal lebt in einem gefährdeten Übergang; Spanien hält den Atem an: was kommt nach Franco?; das Schiff Italiens schlingert im Sturm.«¹⁸ Und als im Herbst 1978 das persische Regime, das zu den blutigsten Diktaturen der Gegenwart zählte, durch Massendemonstrationen und Streiks erschüttert wurde, äußerte die gleiche Zeitung: »Auf alle Fälle werden die innenpolitischen Spannungen, nachdem zuvor die

innere Stabilität im Iran das größte Positivum für Investoren gewesen war, das Investitionsklima beeinflussen.«¹⁹

Ganz offen haben die großen Konzerne und ihre politischen und ideologischen Sachwalter in den Parteien und der Presse ihr Verständnis von Demokratie artikuliert, als in Chile mit brutalstem Terror eine Diktatur errichtet wurde.²⁰ Die »liberalen« Stimmen unterschieden sich nur dadurch von den »konservativen«, daß die einen die Diktatur lediglich für notwendig, die anderen aber als höchst erfreulich kennzeichneten. So sprach die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom »Putsch als Notmaßnahme«; es »blieb kein anderer Ausweg«.²¹ *Die Welt* rechtfertigte den Putsch mit der »Notwendigkeit, die verfassungsmäßige Ordnung im Lande wiederherzustellen«²². Das Parteiorgan der CSU konnte seine Freude jedoch nicht verbergen: »Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort 'Ordnung' für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang«.²³ Und damit keinerlei Mißverständnisse bleiben, was diese Kräfte unter »verfassungsmäßiger Ordnung«, »innerer Sicherheit« und »Freiheit« verstehen, die sie in der Bundesrepublik herstellen wollen, sagte Franz Josef Strauß an die Diktatoren gewandt: »Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande, gleichgültig von woher sie bedroht wird, erhalten bleibt, und arbeiten Sie daran, daß Disziplin, Fleiß, Leistung, Opferbereitschaft und Gemeinschaftssinn ein blühendes Land Chile schaffen.«²⁴ In einer Broschüre, die auch von der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildung verteilt wurde, heißt es: »Chile ist jetzt frei. Die Menschen haben wieder Freude an der Arbeit. Es wird herzlich gelacht.« Allerdings: »Das Land kann im Augenblick nicht der Demokratie übergeben werden. Der Belagerungszustand ist unbedingt notwendig, und das Kriegsrecht muß vorerst angewandt werden.« Und die eindeutige Schlußfolgerung: »Möglicherweise werden andere Länder noch viel von dem kleinen Chile lernen müssen.«²⁵

Daß einige Varianten der Faschismuskussion, insbesondere die sogenannte »Hitler-Welle«, politisch in die gleiche Richtung wirkten, wurde in den entsprechenden Kapiteln schon dargestellt und wird im Abschnitt über die Entwicklung der Faschismuskussion noch einmal aufgenommen werden. Die extreme Rechte wußte jedenfalls, was sie dem Hitler-Film von J. C. Fest und ähnlichen Produkten zu verdanken hatte und war deshalb des Lobes und der Hoffnung voll. Ihre auf diesen Film bezogene Frage »Wird Hitler zum Idol?« traf genau die Hauptstoßrichtung dieser Hitler-Welle.²⁶

All dies zeigt, daß trotz des Bestehens parlamentarisch-demokratischer Systeme in den kapitalistischen Hauptländern seit 1945 das

Faschismusproblem noch durchaus aktuell ist - mindestens als Tendenz und als Gefahr. Die weitere Entwicklung wird hier davon abhängen, wie weit es den demokratischen Kräften, besonders der Arbeiterbewegung und daneben der demokratischen Intelligenz, gelingt, diese Gefahren zu erkennen und realistische Gegenstrategien zu entwickeln. Die Geschichte der kapitalistischen Staaten seit dem Ersten Weltkrieg stellt hier ein außerordentlich wichtiges Erfahrungsmaterial dar, das aufgearbeitet werden muß, um die Ursachen des Faschismus, die Bedingungen seines Erfolgs und die Notwendigkeiten des antifaschistischen Kampfes mit genügender Klarheit zu erkennen. Eben deshalb ist auch die Beschäftigung mit dem historischen Faschismus - und mit den verschiedenen Varianten seiner Interpretation und seiner Fehldeutung - politisch so wichtig.

Die Lehren, die aus diesen historischen Erfahrungen gezogen werden können, lassen sich stichwortartig so zusammenfassen:

1. Auseinandersetzungen über politische und ideologische Fragen zwischen den verschiedenen Gruppen der demokratischen Bewegung sind sinnvoll und notwendig. Gegenüber der Gefahr des Faschismus aber ist es lebensnotwendig für alle diese Kräfte, ihre Differenzen zurückzustellen und ihre gemeinsamen Interessen und Ziele zu erkennen, denn der Faschismus ist ihr gemeinsamer Feind, und nach einem Sieg des Faschismus würden *alle* demokratischen Aktivitäten mit den Mitteln des Terrors unterdrückt. Dies betrifft Kommunisten wie Sozialdemokraten, liberale Demokraten und überhaupt alle, die sich der Humanität und den Menschenrechten verpflichtet fühlen.

Es ist eine gesicherte historische Erfahrung, daß der Faschismus in Italien, Deutschland und Österreich nur siegen konnte, weil die Arbeiterbewegung gespalten war und ihre inneren Differenzen für wichtiger gehalten hat als ihre gemeinsamen Interessen im Kampf gegen die faschistische Gefahr. Erst als Kommunisten und Sozialdemokraten gleichermaßen vom faschistischen Terror getroffen und in die Konzentrationslager getrieben wurden, wurde ihnen die Gemeinsamkeit ihrer Lebensinteressen handgreiflich vor Augen geführt. Die programmatischen Kundgebungen, die aus dieser Erfahrung hervorgingen, haben ihre Gültigkeit bis heute bewahrt. Dies gilt für das »Prager Manifest« der SPD von 1934 ebenso wie für die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale von 1935 und für das »Buchenwalder Manifest« der KZ-Häftlinge von 1945. Wie zutreffend und wirksam diese Erkenntnis von der Gemeinsamkeit der Interessen im Kampf gegen den Faschismus war, erwies sich dann bereits 1934 in Frankreich, als ein Versuch der Faschisten, die Macht zu übernehmen, durch die

vereinte Aktion von Gewerkschaften, Sozialisten und Kommunisten abgewehrt wurde, und 1936 in Spanien, als die Volksfront dem Militärputsch energisch entgegentrat und nur durch den massiven militärischen Eingriff der faschistischen Mächte Deutschland und Italien und die für die Putschisten sehr wohlwollende »Neutralitätspolitik« der Westmächte nach dreijährigem heroischen Kampf doch noch geschlagen wurde. Auch die Partisanenbewegung, die zur Befreiung Europas von der Herrschaft des Faschismus wesentlich beitrug, beruhte auf einer breiten antifaschistischen Front.

2. Wenn die Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus die Hauptbedingung ihres Erfolgs ist, dann muß die Verteidigung der Demokratie, der politischen und sozialen Rechte der Massen, der bürgerlichen Freiheitsrechte, des parlamentarischen Verfassungsstaates der primäre Inhalt dieses gemeinsamen Kampfes sein. Die scheinbar radikal-fortschrittliche These, es müsse um den Übergang zum Sozialismus gekämpft werden und im Vergleich dazu sei die Frage parlamentarischer Demokratie oder Faschismus relativ belanglos, sozusagen eine innerbürgerliche Angelegenheit, die Sozialisten nicht besonders zu interessieren braucht, war in Italien wie in Deutschland auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung vor der Errichtung der faschistischen Diktatur weit verbreitet. Sie hat sich als theoretisch und politisch falsch erwiesen. Die Arbeiterbewegung, insbesondere die kommunistische, mußte für diese Fehleinschätzung ungeheuer teuer bezahlen. Sie ist heute so falsch wie damals.

Daß es im Kampf gegen den Faschismus *primär* um die Verteidigung des bürgerlich-rechtsstaatlichen Verfassungssystems geht, soll zweierlei besagen. Erstens geht es darum, im Kampf gegen den Faschismus eine möglichst breite Abwehrfront zu errichten, also *alle* Kräfte zu vereinen, die durch den Faschismus geschädigt und getroffen würden - also nicht nur die Sozialisten, sondern auch diejenigen, die aus liberalen, humanitären oder christlichen Überzeugungen für die Menschenrechte eintreten. Zweitens soll »primär« heißen, daß die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie die Voraussetzung dafür ist, daß der Kampf um den Sozialismus überhaupt geführt werden kann. Denn es zeichnet die bürgerlich-parlamentarische Demokratie aus, daß sie auch denjenigen Kräften das Recht auf Artikulation und Organisation einräumt, die sich für eine sozialistische Eigentums- und Gesellschaftsordnung einsetzen. Im Grundgesetz ist der Übergang zu einer solchen Ordnung im Artikel 15 ausdrücklich als Möglichkeit gewährleistet. Werden diese bürgerlichen Rechte und Freiheiten durch einen autoritären Staat wesentlich eingeschränkt oder durch eine faschistische Diktatur völlig abgeschafft,

so ist damit auch die sozialistische Bewegung ins Herz getroffen, ist ihre Chance für sozialistische Ziele zu kämpfen, für absehbare Zeit vernichtet. Die sozialistische Bewegung hat also nicht nur ein taktisches, sondern ein ganz elementares Interesse an der Verteidigung der parlamentarischen Demokratie gegen die Gefahr von rechts.

3. Die Rechte und Freiheiten des bürgerlichen Verfassungsstaats stellen nicht nur einen Wert dar, insofern sie die Organisation sozialistischer Kräfte und den Kampf für den Sozialismus zulassen. Sondern sie stellen - unabhängig davon und ganz für sich genommen - einen großen Wert, eine gewaltige historische Errungenschaft im Kampf der Demokratie gegen die Reaktion dar; eine Errungenschaft, die einst von den Volksmassen unter der Führung der aufsteigenden bürgerlichen Klasse gegen Feudalismus und Absolutismus erkämpft worden ist, dann vom Bürgertum selbst freilich angesichts der aufkommenden Arbeiterbewegung immer stärker als lästig und gefährlich empfunden und deshalb oft genug auch preisgegeben wurde. Dies ändert jedoch nichts daran, daß es sich um einen immensen historischen Fortschritt handelt, der verteidigt werden muß - auch gegen diejenige Klasse, die ihn einst erkämpft hat und ihn heute manchmal nur noch als demagogische Phrase im Munde führt, wie die US-Kampagne für »Menschenrechte«, die Formel von der »Solidarität der Demokraten« von Schmidt bis Strauß und von den »Verfassungsfeinden« in der Bundesrepublik anschaulich zeigten.

Bei einer solchen Strategie ist unbestritten, daß der Faschismus als Möglichkeit bestehen bleiben wird, solange es Kapitalismus gibt, so lange also eine kleine Minderheit von Kapitalbesitzern über den größten Teil der Wirtschaft, der Produktionsmittel und damit über die Arbeits- und Lebensmöglichkeiten der gesamten Gesellschaft verfügt und von hieraus natürlich auch über gewaltige Möglichkeiten, ihre speziellen Ziele der Sicherung dieser Eigentumsordnung und der Realisierung optimaler Profite auch ideologisch zu propagieren und politisch durchzusetzen. Solange diese Gesellschaftsordnung besteht, kann es zu Situationen kommen, in denen die herrschende Klasse zu der Überzeugung gelangt, daß ihre Ziele nur noch mit diktatorisch-terroristischen Mitteln zu erreichen sind. Daraus folgt, daß eine endgültige Überwindung der faschistischen Gefahr erst möglich ist, wenn diese ökonomische Macht, die demokratisch weder legitimiert noch kontrollierbar ist, überwunden, wenn auch die Wirtschaft demokratischer Verfügungsgewalt unterworfen ist und nicht mehr nach den Maßstäben optimalen Profits für eine besitzende Minderheit, sondern nach dem Bedarf und den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft ausgerichtet wird. Eine Verstaatlichung

allein reicht, wie das Beispiel der sozialistischen Länder zeigt, nicht aus, solange die Menschen sich nicht als Subjekte des Geschehens erfahren.

So ermöglicht also in der Tat erst der Sozialismus in Verbindung mit einer Fundamentaldemokratisierung die definitive Überwindung des Faschismus. Auch diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern war schon allen antifaschistischen Kräften bewußt, die 1945 eine Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in Angriff nehmen wollten. Von der KPD und der SPD bis weit hinein in die CDU (in der damals antifaschistische Kräfte die Führung hatten) wurde in dieser Periode die Sozialisierung und die demokratische Kontrolle ökonomischer Macht als Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem Faschismus verlangt. Und in den Länderverfassungen der Jahre 1946/47 und in Ausläufern auch noch im Grundgesetz 1949 wurden so Sozialisierungsartikel verankert.

Das primäre Ziel der Verteidigung der parlamentarischen Demokratie gegen die Bedrohung von rechts schließt also keineswegs aus, daß der Sozialismus als das längerfristige Ziel ins Auge gefaßt wird und daß die Vorbedingungen für den Kampf um dieses Ziel gesichert werden - und eine ganz wesentliche besteht eben darin, daß es gelingt, die demokratischen Rechte des Volkes gegen die Gefahren von rechts zu sichern. Manche sehen darin eine Unehrllichkeit gegenüber jenen Kräften im antifaschistischen Bündnis, die keine Sozialisten sind. Aber das ist ein Mißverständnis. Denn erstens besteht in der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen die Gefahr von rechts tatsächlich eine wesentliche inhaltliche Gemeinsamkeit, stellt also ein Ziel dar, das wirklich allen Beteiligten nützt. Zweitens aber ist zu erwarten, daß im Verlauf dieses antifaschistischen Kampfes *allen* Beteiligten bewußt wird, wie wichtig die Eigentumsfrage für die Demokratie ist. So können gemeinsame Erfahrungen im Laufe der Zeit auch die politischen Unterschiede zwischen den Partnern des antifaschistischen Bündnisses vermindern und auch die liberalen Demokraten der Überzeugung annähern, daß die demokratische Kontrolle ökonomischer Macht eine wesentliche Voraussetzung stabiler und wirklicher Demokratie darstellt. In der Tat sind die Sozialisierungsforderungen der antifaschistischen Kräfte nach 1945 aus solchen gemeinsamen Erfahrungen entstanden.

So kann man zusammenfassend sagen, daß in den kapitalistischen Hauptländern auch in der Gegenwart die Demokratie nach wie vor von rechts bedroht, daß der Faschismus also noch aktuell ist, daß jedoch Erfahrungen, Strategien und reale Ansätze vorliegen, die eine Abwehr dieser Gefahren ermöglichen.²⁷

B. Die Randzonen der kapitalistischen Welt (Griechenland, Indonesien, Lateinamerika)

Handelt es sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern bisher nur um Tendenzen und Gefahren, so ist in den Randzonen der kapitalistischen Welt bereits in einer Reihe von Fällen die Demokratie real liquidiert worden - und zwar nicht allein durch die Aktivitäten der einheimischen herrschenden Klasse, sondern durch die Mitwirkung von Kräften aus großen kapitalistischen Staaten, insbesondere aus deren Führungsmacht, den USA. So wurden vor allem in Asien und Lateinamerika zahlreiche Diktaturen errichtet, die ihre Entstehung und Existenz wesentlich auch der entwickelten kapitalistischen Welt (die sich selbst die »freie Welt« nennt) verdanken und deshalb auch in ihrer Politik nicht allein von ihren inneren Verhältnissen her, sondern nur durch die Einbeziehung der Interessen dieser auswärtigen Mächte verständlich sind. Dazu gehören die Diktaturen in Südkorea, Thailand und Indonesien, die noch bestehen, ebenso wie die in Südvietnam und Kambodscha, die inzwischen durch nationale Befreiungsbewegungen gestürzt worden sind. Dazu gehört eine ganze Reihe von Diktaturen, die seit den 60er Jahren in Lateinamerika errichtet worden sind und von denen die in Brasilien, Chile und Argentinien besonders wichtig sind bzw. waren. Dazu gehören schließlich auch die Militärdiktatur, die von 1967 bis 1974 Griechenland beherrschte, sowie die 1980 in der Türkei errichtete.

Schon die Aufzählung dieser »Fälle« zeigt anschaulich, daß die Bedrohung der Freiheit durch rechtsgerichtete Kräfte sehr ernst genommen werden muß. Diese Systeme unterscheiden sich in ihren Entstehungsbedingungen und ihrer sozialen Funktion voneinander erheblich, weisen aber andererseits auch Ähnlichkeiten auf. Nicht alle diese Fälle können hier untersucht werden. Exemplarisch soll an den Beispielen Griechenland, Indonesien und Lateinamerikas gezeigt werden, welche Bedingungen und Kräfte sie hervorbrachten und wie ihr politischer und sozialer Charakter zu bestimmen ist.

Die Errichtung der Militärdiktatur in *Griechenland* im Jahre 1967 hat die liberale und demokratische Öffentlichkeit in den westeuropäischen Staaten beträchtlich erschüttert, weil sie bewiesen hat, wie rasch ein bürgerlich-parlamentarisches System durch eine reaktionäre Diktatur liqui-

diert werden kann, und zwar nicht nur in Lateinamerika, sondern - zum erstenmal nach der Niederwerfung des deutschen und italienischen Faschismus - auch in Europa. Daß es sich dabei um ein NATO-Land handelt, das zugleich mit der EG bereits eng verbunden war, bewirkte ein zusätzliches Interesse. Allerdings bleiben die meisten Schriften, die in der Regel kurz nach dem Militärputsch erschienen sind, bei der Dokumentation von Unrecht und Unterdrückung und dem moralischen Protest dagegen stehen. Die sozialen und politischen Bedingungen, die die Errichtung der Diktatur ermöglicht haben, die gesellschaftlichen Kräfte, denen sie nützt, bleiben unerforscht und unbegriffen. Daß sie aus diesem Ansatz, der den in der liberaldemokratischen Publizistik und Wissenschaft generell vorherrschenden Kategorien entspricht, keine Einsichten in Ursachen und Funktionen solcher Diktaturen gewinnen lassen, ist evident. Auch die bedeutsame Frage, wieso denn ein parlamentarisches System so rasch durch eine Diktatur zerstört werden kann und was dieser Vorgang für die Machtstruktur dieses Systems selbst aussagt, kann so nicht geklärt werden. Was die konservative Publizistik und Wissenschaft betrifft, so braucht sie gar nicht weiter analysiert zu werden, da sie mit der griechischen Diktatur sympathisierte und deren Ideologie von Ruhe und Ordnung und der Notwendigkeit antikommunistischer Maßnahmen prinzipiell akzeptierte.

Als Beispiele für die oben genannte liberaldemokratische Position können die von Heinz Gastrein herausgegebene Aufsatzsammlung und die von Ansgar Skriver verfaßte Schrift dienen.²⁸ Gastrein betrachtet die Vorgänge in Griechenland zwar als wiederholbar auch in anderen Ländern, begreift sie aber lediglich als »Rückfall... in Autoritarismus und totalitäre Staatsvergottung« und sieht die entscheidende Barriere dagegen in der »Wachsamkeit und Zivilcourage« der »Demokraten« (S. 8).

Über diese psychologische und moralisierende Betrachtungsweise kommen auch die übrigen Autoren nicht hinaus. Größtenteils handelt es sich um anonym bleibende Repräsentanten der Mitte und der gemäßigten Rechten Griechenlands, die durch die Errichtung der Diktatur in die Opposition gedrängt wurden und in der Rückkehr zu eben dem System, das diese Diktatur hervorgebracht hat, die zentrale Aufgabe sehen. Ein entlassener griechischer Stabsoffizier, der vor allem im Zusammenhang mit bestimmten, die Bauern betreffenden Maßnahmen der Diktatur sozialistische Tendenzen nachsagt, welche ihn besonders beängstigen, kritisiert das System - ebenso wie ein griechischer Monarchist - sogar von rechts her. Besonders enttäuschend ist der Beitrag eines griechischen Sozialdemokraten, der die Errichtung der Diktatur aus den »Haß- und Neidgefühlen« der Offiziere, die »Kinder armer

Bauern- und Kleinbürgerfamilien« seien, »gegen die bürgerliche Gesellschaft« erklärt und behauptet, das System habe überhaupt kein »politisches und soziales Anliegen, und sei es das reaktionärste«, sondern nur die »persönlichen Interessen« dieser Offiziere (S. 21f). Sein Beitrag erweckt den Eindruck, daß ihm der Kampf gegen den »Kommunismus« immer noch wichtiger war als der gegen die Diktatur und ihre sozialen Grundlagen.

Bezeichnenderweise ist jener Beitrag am ergiebigsten, der von einem Systembefürworter verfaßt und »um der Dokumentation der Zustände« willen (Umschlagstext) in den Band aufgenommen wurde. Er redete nämlich im Zusammenhang mit einer Skizze über die Außenpolitik des Systems in aller Unbefangenheit über einige Hintergründe dieses Putsches. Seine Hauptthesen waren:

1. Die außenpolitische Funktion der Diktatur war keine revolutionäre, sondern eine konservierende: »Man kann im Gegenteil sagen, daß die gegenwärtige Regierung eine Revolutionierung der griechischen Außenpolitik geradezu verhindert hat. Es darf mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die für den 28. Mai 1967 festgesetzten Parlamentswahlen, deren Abhaltung dann durch den Putsch vom 21. April verhindert wurde«, zu einer Regierung unter Führung der liberalen Zentrumsunion geführt hätten, die »die Bindungen zum Westen gelockert« hätte. »Im Gegensatz dazu hat die Regierung der Obersten eine ausgesprochen konservative Außenpolitik unter Stärkung der bestehenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bindungen zum Westen verkündet« (S. 104f). Daraus erklärt sich zugleich das Interesse der USA an der Errichtung einer Diktatur, denn nun seien »die Besorgnisse der NATO über eine Schwächung, ja geradezu Auflösung ihres Südostflügels geschwunden« (S. 116).

2. Nach innen hin ist das Militärregime »betont antikommunistisch« und hat »sämtliche Kommunisten und deren Anhänger in Konzentrationslager auf verschiedene Inseln deportiert« (S. 107). So kann der Verfasser mit Befriedigung vermerken: »Eine wesentliche Stütze des Regimes war und ist eine positive Einstellung der internationalen Wirtschaftskreise, von deren Vertrauen Griechenland als hilfsbedürftiges Entwicklungsland weitgehend abhängt. Diese Wirtschaftskreise schätzen offensichtlich die derzeitige politische Ordnung in Griechenland. Infolgedessen fließen aus dem Ausland ... die Anleihen und Investitionen weiter ...« (S. 118).

3. Die »Ablehnung der heutigen griechischen Verhältnisse (ist) stärker in der öffentlichen Meinung zu finden als bei den meisten Regierungen, bei denen eine realpolitische Einstellung überwiegt« (S. 117).

Selbst wenn man unterstellt, daß in diesen Thesen auch gewisse taktische Spekulationen zum Ausdruck kamen, die darauf abzielen, die griechische Diktatur den herrschenden Kräften in den westlichen Ländern schmackhaft zu machen, so gaben sie doch, da sie von realen Interessen ausgehen, einen brauchbaren Einblick in die internationale Funktion ihres Systems und sind deshalb den subjektiv zwar ehrlichen, aber bloß moralisierenden Verurteilungen liberaler Provenienz in Hinsicht auf Realismus weit überlegen.

Die Schrift Ansgar Skrivers, eines WDR-Redakteurs, hat einen sehr stark dokumentarischen Charakter, stellt zum Teil recht aufschlußreiche Materialien und Stellungnahmen insbesondere für die Periode unmittelbar nach dem Putsch zusammen, gelangt aber in ihren kommentierenden Teilen über die Position des Moralisten auch nicht wesentlich hinaus, obgleich er selbst seine Position für realistisch hält. Charakteristisch ist die folgende Argumentation: »Braucht der Westen diese Militärdiktatur als Stützpunkt in einer weltpolitischen militärischen Konstellation, dann muß er sich dazu bekennen ... Dann müssen Rechtsbruch und Unmenschlichkeit vielleicht höflich-diplomatisch bedauert, aber aus realpolitischem Kalkül hingenommen und in die NATO eingebaut werden ... Dann muß die NATO ihre zur bloßen Ideologie gewordene Zielsetzung zur Verteidigung der Freiheit nüchtern begraben ...« (S. 146). Skriver verlangt also von den Herrschenden allen Ernstes den Verzicht auf ideologische Herrschaftsinstrumente und damit in der letzten Konsequenz die vollständige Preisgabe ihrer Herrschaft.

Von wesentlich anderem Zuschnitt ist der von Jean-Paul Sartre herausgegebene Band²⁹, der die gesellschaftlichen Wurzeln des griechischen Herrschaftssystems zu ermitteln trachtet. Auch diese Autoren, meist außerhalb Griechenlands lebende griechische Wissenschaftler, dokumentieren die Unmenschlichkeit dieses Systems, wobei sie sich hauptsächlich auf Materialien von Amnesty International stützen, bleiben jedoch nicht bei der Klage darüber stehen. Der für die Faschismuskonzeption wesentliche theoretische Ertrag läßt sich wie folgt resümieren:

1. Es kann keine Rede davon sein, daß in Griechenland eine funktionierende parlamentarische Demokratie plötzlich durch eine Diktatur abgeschafft worden sei. Die herrschende Klasse hatte, um sich überhaupt an der Macht halten zu können, nach der Vertreibung der deutschen Besatzungstruppen britische und später amerikanische Truppen ins Land holen müssen, um den von breiten Massen getragenen Volksaufstand niederzuschlagen und damit zugleich die griechische antifaschistische Widerstandsbewegung zu vernichten. Das System, das dann

errichtet wurde, das für die Militärstrategie der USA und der NATO von wesentlicher Bedeutung und wirtschaftlich wie politisch vollständig von den USA abhängig war, wies nur in ganz äußerlicher Hinsicht einige Merkmale der parlamentarischen Demokratie auf. Tatsächlich herrschten Großbürgertum, Monarchie und Militär mit den Mitteln von Korruption und Wahlfälschung, Ausnahmegesetzen und Terror, wobei sie in der Bauernschaft und den Mittelschichten einen beachtlichen Anhang gewinnen konnten. Die Wirtschaft behielt ihren merkantilen, vorindustriellen Charakter, ausländischem Kapital wurden vorzügliche Bedingungen gewährt, der Armee - mit 7 bis 8 Prozent des Volkseinkommens - ein enorm hoher Anteil des Haushalts gewidmet, da sie als Garant des Systems fungierte.

2. Dieses Herrschaftsgefüge wurde seit dem Beginn der 60er Jahre zunehmend labiler - infolge sozialer Kräfteverschiebungen und einer allmählichen Konsolidierung der Linken. Diese Verschiebungen fanden ihren Ausdruck in den Wahlsiegen der Zentrumsunion 1963 und 1964, die es dieser Partei ermöglichten, die Regierung zu übernehmen. Diese insbesondere durch eine Neuorientierung der Bauernschaft möglich gewordene Entwicklung beschleunigte ihrerseits den Konsolidierungsprozeß der demokratischen Kräfte innerhalb der Zentrumsunion und links von ihr, so daß die herrschende Klasse sich gezwungen sah, auch ganz formal die parlamentarische Verfassung zu brechen: im Juli 1965 wurde die Regierung G. Papandreou, die trotz aller Schwankungen einige soziale Reformen eingeleitet, die meisten Ausnahmegesetze und Unterdrückungsmaßnahmen aufgehoben und Anstalten gemacht hatte, die bis dahin nur dem König verantwortliche Armee unter eine gewisse demokratische Kontrolle zu bringen, durch den König auf dem Wege des Staatsstreichs abgesetzt. Doch keines der folgenden Marionettenregimes war imstande, die in Bewegung geratenen Massen, die sich zum Beispiel in gewaltigen Demonstrationen äußerten, noch niederzuhalten. Es standen Wahlen bevor, über deren Ausgang unter diesen Bedingungen kein Zweifel sein konnte, und zudem zeichnete sich die reale Möglichkeit eines Bündnisses zwischen dem linken Zentrumsflügel und der in der EDA zusammengeschlossenen, bisher total isolierten Linken ab. In dieser Lage reiften verschiedene Pläne zum Militärputsch, deren Initiatoren offensichtlich keinen Kontakt miteinander hatten. Der Putsch der Obristen, die als erste losschlügen, war zwar vom König, der mit den Generalen konspiriert hatte, nicht mit vorbereitet worden, doch solidarisierte er sich sogleich mit den Putschisten und ihrer Diktatur und sicherte damit auch die Unterstützung der übrigen Teile des Militärs. Nicht nur die Großbourgeoisie im Innern, sondern auch das aus-

ländische Kapital, das sogleich enorme Privilegien erhielt, wurden berichtigt, das heißt, über den sozialen Inhalt der Diktatur aufgeklärt.

3. Die USA, für die seit Beginn des Kalten Krieges Griechenland allein in seiner Eigenschaft als zuverlässige antikommunistische Bastion von Interesse gewesen war, waren - worauf eine Fülle von Anzeichen hindeutet - an der Vorbereitung eines Militärputsches beteiligt, vermutlich aber in Zusammenarbeit mit dem König und den Generälen.³⁰ Doch entsprach, wie ihr weiteres Verhalten - nach einer sehr kurz bemessenen »Anstandsfrist« - zeigt, auch die Obristendiktatur ihren Interessen. Freilich wäre ihnen - aus propagandistischen Gründen - eine gewisse Korrektur an der Fassade des Systems bald willkommen gewesen. Mit der Errichtung dieser Diktatur wurden zum erstenmal die von den USA in Lateinamerika seit langem geübten Methoden auch in einem europäischen Land angewandt, worin A. Papandreou und Sartre die besondere Bedeutung dieses Vorgangs erblicken (vgl. S. 104 und 8).

4. Aus der Genese dieser Diktatur und der allgemeinen Interessenstruktur, in die sie eingebettet ist, lassen sich einige für die Faschismuskritik wichtige Schlußfolgerungen ableiten:

a) Die soziale Funktion des Systems ist evident: Es dient einerseits der Bewahrung der Herrschaftsposition und der damit verbundenen sozialen Privilegien der herrschenden Klasse, die in Griechenland aus sozialhistorischen Gründen hauptsächlich von der Handelsbourgeoisie repräsentiert wird - und natürlich ihres machtpolitischen Garanten, des Militärs. Es hat reaktionären Charakter. Und andererseits dient es den strategischen und ökonomischen Interessen der USA, hat also zugleich monopolkapitalistischen Inhalt.

b) Die Herrschaftsmethode ist, da sich selbst ein äußerst eingeschränktes und korrumpiertes parlamentarisch-rechtsstaatliches System noch als zu gefährlich für die herrschende Klasse erwiesen hatte, eine terroristische, die rechtsstaatliche Garantien und bürgerliche Freiheiten negiert. Es handelt sich also um eine terroristische Diktatur.

c) Solche Diktaturen können, wie schon erörtert, die Unterdrückung und Entrechtung der Massen auf verschiedene Weise realisieren. Militär- und Polizeidiktaturen gehen normalerweise aus einem Putsch oder Staatsstreich von Teilen des Exekutivapparates hervor und stützen sich dann auch hauptsächlich auf einen starken staatlichen Repressionsapparat. Faschistische Diktaturen gelangen zur Macht mit Hilfe einer Massenbewegung und stützen sich dann auf die kombinierte Anwendung von Terror und tendenziell totaler organisatorischer und ideologischer Durchdringung der Gesellschaft, die die Massen teilweise zu aktiver Unterstützung des Systems bewegt und die Opposition auch ideolo-

gisch gegenüber den Massen isoliert. Da beide Typen terroristischer Diktatur zwar ihrer sozialen Funktion nach identisch, ihrer Genese, ihren Erfolgsbedingungen und ihrer Herrschaftsstruktur nach aber verschieden sind, erscheint es schon aus Gründen begrifflicher Klarheit und Eindeutigkeit nicht empfehlenswert, sie mit dem gleichen Begriff »Faschismus« ohne weitere Differenzierung zu bezeichnen.

Dem Typ des deutschen und italienischen Faschismus entspricht das griechische System nicht. Weder ist es mit Hilfe einer Massenbewegung an die Macht gekommen, noch hat es die Gesellschaft mit Hilfe von Massenorganisationen politisch erfaßt und ideologisch durchdrungen. Zwar wurden Versuche unternommen, nach Errichtung der Diktatur sich die Methodik dieser faschistischen Systeme gewissermaßen zunutze zu machen und eine Massenbasis nachträglich zu gewinnen, doch sind diese vollständig gescheitert. Allerdings waren einige Elemente zu beachten, die eher faschistischen Charakter im Sinne des »klassischen« Faschismus hatten: »Einerseits vertritt (das Regime) die Interessen der monopolistischen Großbourgeoisie, andererseits hat es sich mit deren traditionellen Repräsentanten überworfen, denen gegenüber es eine überraschende Unabhängigkeit beweist. Der Staats- und Militärapparat wurde nicht allein von den wenig zahlreichen Liberalen gesäubert, auch die eng mit der traditionellen Machtstruktur Verbundenen wurden entfernt. Das Königtum ... ist entmachtet« (Tsoucalas, S. 140). Daraus ergaben sich gewisse Konflikte zwischen den Diktatoren und »der durch klassische Rechtspolitiker, Generale, hohe Staatsbeamte sowie den König repräsentierten Großbourgeoisie« (S. 148), die allerdings nicht mit grundsätzlichen Kämpfen um Diktatur oder Demokratie zu verwechseln sind. Sie ähneln eher den Konflikten zwischen faschistischer Partei- und Staatsführung und traditionellen Herrschaftseliten im italienischen oder deutschen Faschismus. Der kleinbürgerlichen Herrschaft der Obristen entsprachen auch Elemente ihrer Ideologie. Neben den üblichen ideologischen Motiven der Rechten - Gemeinschafts- und Vaterlandsideologie, militanter Antikommunismus, Berufung auf die große Vergangenheit der griechischen Nation, die gelegentlich rassistische Züge annahm - fand sich ein rigider Moralismus. Dazu kamen einige »populistische« Maßnahmen - vor allem in der Anfangsperiode -, zum Beispiel die Streichung der bäuerlichen Schulden, die Kampagne gegen Korruption in den Behörden usw. Zieht man all dies in Betracht, so läßt sich das griechische System kennzeichnen als eine reaktionäre terroristische Militärdiktatur mit einigen, allerdings nicht zentralen Merkmalen des Faschismus.

Die in dem vorliegenden Sammelband benutzte Terminologie ist

nicht einheitlich. Im Titel ist von »Faschismus« die Rede, ohne daß dies in den folgenden Texten irgendwo systematisch entwickelt und begründet würde. Dagegen vertritt Tsoucalas die These, »daß die Obristendiktatur die spezifischen Merkmale des 'klassischen' Faschismus nicht oder zumindest noch nicht besitzt«: Erstens sei das System nicht aus einer Wirtschaftskrise hervorgegangen, zweitens handle es sich bei der griechischen Großbourgeoisie um eine vom Ausland mindestens teilweise abhängige Kraft und drittens fehle die Massenbasis (S. 146f.).

Dieser Verfasser hält die Ansicht für ungenügend, man habe es in Griechenland »mit einem neokolonialen Regime zu tun, das sich auf ausländische Kräfte (der CIA) stütze, um nichts anderes als die Ausbreitung fremder Monopole zu gewährleisten«. Zwar sei die Diktatur mit Hilfe der USA errichtet worden und habe auch deren Interessen entsprochen; dennoch sei sie »im wesentlichen eine Antwort des griechischen Bürgertums auf sozialpolitische Widersprüche, die seine eigenen Interessen schädigten« (S. 148). Mindestens wird man also sagen können, daß in die Entwicklung Griechenlands beide - im Interesse an einer Diktatur konvergierenden - Faktoren eingegangen sind und also in der Analyse berücksichtigt werden müssen.

Außerordentlich interessant ist in dieser Hinsicht, was sich seit 1965 in Indonesien vollzog. Sowohl die Autoren des Buches *Indonesien: Analyse eines Massakers*³¹ als auch die verbotene KP Indonesiens bezeichnen das 1965 etablierte Herrschaftssystem als faschistisch (S. 227 und S. 231). Wendet man die oben entwickelten Kriterien an, so erscheint dies zwar als weitgehend, doch nicht gänzlich unbegründet:

Sowohl der reaktionäre wie auch der terroristische Charakter dieser Diktatur sind eindeutig und werden in diesem Buch hinreichend belegt. Dies gilt insbesondere für die Interessen der ausländischen Monopole, die durch die Nationalisierungspolitik der Regierung Sukarnos akut bedroht waren und von dem neuen System geradezu zur Leitlinie der Politik erhoben wurden. Insoweit gehören Errichtung, Struktur und Politik dieses Systems in den Kontext neokolonialistischer Politik, die seit 1945 insbesondere in Lateinamerika und Südostasien eine beachtliche Zahl von reaktionären, terroristischen, vom Imperialismus abhängigen Regimes hervorgebracht hat.

Was das indonesische System jedoch von dem üblichen Typ dieser Regimes unterscheidet, ist die Methode seiner Errichtung. Gestützt auf eine Millionen umfassende, durch reaktionäre, hauptsächlich mit dem Islam verbundene Idologien mobilisierte Massenbewegung ist es hier

dem rechten Flügel des Militärs gelungen, die Organisationen der Linken innerhalb kürzester Zeit zu zertrümmern. Dieses Massaker - innerhalb weniger Wochen wurden nach vorsichtigen Schätzungen etwa 500.000 Menschen zum Teil auf bestialische Weise ermordet - findet in der Nachkriegsgeschichte keine Parallele und geht an organisierter Brutalität noch weit über den Terror hinaus, den die Nationalsozialisten in den ersten Monaten des Jahres 1933 gegenüber der Arbeiterbewegung eingesetzt haben. Jeder, der als kommunistenfreundlich galt oder auch nur denunziert wurde, wurde von den organisierten Terrorbanden der Moslems unter Anleitung des Militärs erbarmungslos gejagt und niedergemetzelt. Weitere Untersuchungen hätten freilich noch Herkunft, Charakter und Wirksamkeit dieser reaktionären Islamideologie sowie die Struktur dieser Bewegung zu klären und vor allem ihre Rolle für das dann etablierte System. Es scheint, daß diese Rolle nur eine sehr geringe ist, was allein schon angesichts des niedrigen Entwicklungsstandes dieses Landes und der fehlenden technischen Möglichkeiten zur organisatorischen Durchdringung aller sozialen Bereiche nicht verwunderlich wäre. Immerhin hat sich hier unter ganz andersartigen gesellschaftlichen Bedingungen eine reaktionäre Massenbewegung mit außerordentlich weitreichenden politischen Folgen organisiert, die in einer allgemeinen Theorie über den internationalen Faschismus berücksichtigt werden muß - zumal nicht ausgeschlossen werden kann, daß sich Ähnliches auch anderswo, zum Beispiel in anderen islamischen Ländern ereignet.

Auffällig ist, daß sich in *Lateinamerika* gerade auch in den großen Ländern die Errichtung von Diktaturen seit den 60er Jahren so gehäuft hat und daß sich diese Systeme von den in dieser Region üblichen und herkömmlichen Militärdiktaturen beträchtlich unterscheiden. Die Errichtung der Diktatur in Chile 1973 hat die politische und wissenschaftliche Diskussion über den Charakter solcher Regimes bedeutend intensiviert.

Lateinamerikanische und europäische Sozialwissenschaftler haben auf Grund dieser neuen Entwicklungen die Theorie vom »*abhängigen Militärfaschismus*« entwickelt, die schon in der Begriffsbildung eine genauere Charakterisierung dieses Typs von Faschismus ausdrücken soll.³² Sie gehen von der These aus, daß die verstärkte Tendenz zu offen terroristischen Regimes zurückzuführen ist auf die verschärften Krisenerscheinungen der kapitalistischen Weltwirtschaft, die neuen Strukturen internationaler Arbeitsteilung und den dadurch verstärkten Drang des in- und ausländischen Großkapitals, zur politischen Sicherung der

neuen ökonomischen Herrschaftsformen neue Formen der politischen Unterdrückung zu entwickeln:

»Bekanntlich basierte der Prozeß der Industrialisierung in Lateinamerika schon in seinen Anfängen auf der Einführung ausländischer Technologie, was eine Situation der technologischen Abhängigkeit bewirkte. Unter diesen Bedingungen tendierte der Industriesektor zu oligopolistischen Strukturmerkmalen, die sich nicht nur im Rahmen eines Zweiges zeigten, sondern auch die verschiedenen Zweige selbst einer Differenzierung in dem Maße aussetzten, je nachdem wie stark die Anwendung von Technologie und folglich die Kapitalkonzentration war.

Dieses Phänomen erlaubte, innerhalb des Industriesektors zwischen 'dynamischen' und 'stagnierenden Industrien' zu unterscheiden. Dieses Phänomen spitzte sich zu und wurde Mitte der 60er Jahre die Grundlage der Entwicklung einer neuen Form der internen Kapitalakkumulation, bei der die in den Industriezweigen mit der höchsten Kapitalkonzentration angewandte Technologie im Unterschied zu früheren Perioden Weltniveau besaß.

Unter diesen Bedingungen beschleunigte sich der Prozeß der Kapitalkonzentration und bewirkte eine starke Zentralisierung auf jene wirtschaftlichen Tätigkeitsfelder, die von der neuen Technologie begünstigt werden. Diese Aktivitäten sind auf einen relativ engen Sektor industrieller und agrarindustrieller Zweige und Unterzweige begrenzt ...

Der Prozeß der Konzentration von Spitzentechnologie und Kapital wird von einem fortlaufenden Prozeß der Entnationalisierung begleitet, der in der quantitativen und qualitativen Zunahme der Beteiligung des Auslandskapitals im konzentrierenden und dynamischen Bereich zum Ausdruck kommt. Dieses Phänomen wird im allgemeinen durch das Eigentum an der transferierten Technologie bestimmt, von der Notwendigkeit, große Investitionen zu tätigen, um den neuen Akkumulationsprozeß zu entwickeln, und durch die Kontrolle der Außenmärkte, die als Abnehmer der neuen Produktion vorgesehen sind. Mit der Kontrolle des mehr dynamischen Sektors durch das ausländische Kapital wird die Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehung durch eine wachsende Kontrolle von Eigentum und Handel der Produktion verfestigt, was zu einer fortschreitenden Entkapitalisierung der Volkswirtschaft führt.

Die Produktion des konzentrierenden und dynamischen Bereichs stößt im Laufe ihrer Entwicklung auf das Hindernis der relativen Enge des nationalen Marktes, der durch die verringerte Nachfrage von Seiten der lohnabhängigen Bevölkerung und anderer Schichten noch zusätz-

lich eingeengt wird, eine Folge der neuen Form der Akkumulation. Infolgedessen muß die Expansion auf ausländische Märkte mit in die Planung eingehen, um den Absatz der Produktion zu gewährleisten ...

Eine wachsende Profitrate, das Hauptziel der kapitalistischen Dynamik, bildet gegenwärtig das zentrale Element der Motivation des ausländischen Kapitals im Rahmen der neuen Form der internen Akkumulation; dazu kommt deren zusätzliche Bedeutung als Faktor der ökonomischen Wiederbelebung unter den gegenwärtigen Bedingungen der internationalen Krise ...

(Deshalb) entwickelt das ökonomische System zwei wichtige Mechanismen: den Transfer von Mehrwert vom zersplitterten und stagnierenden in den konzentrierenden und dynamischen Bereich als Folge der höheren Produktivität und des monopolistischen Charakters des letzteren und die allgemeine Erhöhung der Mehrwert- bzw. Ausbeutungsrate ...

Die Möglichkeit, die Ausbeutungsrate zu erhöhen, ergibt sich zunächst in dem Maße, wie der Wert der Arbeitskraft durch die Verminderung des Wertes der Lohneinkommen gesenkt wird, was durch die Erhöhung der relativen Produktivität erreicht wird. Dieses Verfahren erlaubt den Kapitalisten die Einnahme einer beträchtlichen relativen Mehrwertmasse. Eine zweite Quelle zur Erhöhung der Ausbeutungsrate wurzelt in der Gewinnung des absoluten Mehrwerts durch die Intensivierung und Verlängerung des Arbeitstages. Schließlich kann die Erhöhung der Ausbeutungsrate durch eine direkte Verminderung des Reallohns der Werktätigen erreicht werden, was unter den Bedingungen der für Lateinamerika typischen Inflation besonders begünstigt wird ...

Die Möglichkeit, einen immer größer werdenden Teil des produzierten Wertes in Mehrwert umzuwandeln, um so eine Erhöhung der Ausbeutungsrate zu erzielen, beruht in letzter Instanz auf der Fähigkeit der Kapitalisten, den Widerstand der Arbeiter zu brechen und jeden Versuch von seiten der Werktätigen, ihre Arbeitskraft aufzuwerten, zu unterbinden. Es handelt sich um den direkten Ausdruck des Klassenkampfes im Produktionsprozeß, und die definitive Durchsetzung der Ziele des Wirtschaftssystems wird deshalb vom politischen Kräfteverhältnis zwischen den sozialen Klassen abhängig sein.

Hier findet sich folglich die letztendliche Erklärung für die politischen Formen, auf die sich das System stützt, das strikt darauf ausgerichtet ist, die Befriedigung der Interessen des Großkapitals und letztendlich eine wachsende Ausbeutungsrate gegen die Interessen der Werktätigen zu sichern ...

Unter einem anderen Gesichtspunkt bedeutet dies eine fortschreitende Konzentration der Einkommen in der Wirtschaft.

Diese Konzentration richtet sich auf der einen Seite gegen die Arbeiter und begünstigt die kapitalistischen Sektoren. Innerhalb dieser Sektoren richtet sie sich gegen die Fraktionen der kleinen und mittleren Bourgeoisie und überbevorzugt das monopolistische Großkapital, das der Großbourgeoisie vorbehalten ist. Diese Situation ist ein Ausdruck der Tatsache, daß das Einkommen im konzentrierenden und dynamischen Bereich der Wirtschaft auf Kosten des zersplitterten und stagnierenden Bereichs konzentriert ist.«

Aus diesen veränderten Akkumulationsbedingungen leiten die Autoren nun die Notwendigkeit der herrschenden Klasse ab, andere politische Herrschaftsformen zu entwickeln:

»Die Akkumulationsformen, die die Entwicklung eines industriellen Sektors in den lateinamerikanischen Volkswirtschaften ermöglichten, und deren damit verbundene Integration in die internationale gesellschaftliche Arbeitsteilung vollzogen sich im Rahmen einer Politik, die darauf zielte, die Interessen des ausländischen Kapitals, der aufsteigenden Industriebourgeoisie und der traditionellen alten Oligarchie miteinander zu vereinen. Sie war dabei gleichzeitig bemüht - und dies in der Anfangsphase auf eindeutig populistischer Grundlage - die Werktätigen zu neutralisieren oder sogar für das neue Projekt zu gewinnen. Konkret bedeutet das die Herausbildung eines breiten Systems des staatlichen Protektionismus für die Industrie, das zur Entstehung einer buntscheckigen Masse kleiner Unternehmen mit geringer Produktivität führte; ferner brachte dies die Erhaltung rückständiger und unproduktiver Strukturen in der Landwirtschaft und ein System des Dialogs mit der Arbeiterklasse mit sich, das in einigen Fällen einen günstigen Rahmen für die unabhängige Entwicklung der proletarischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen abgab.

Diese Politik, die bald reformistische Züge annahm, erwies sich in der Mitte der 60er Jahre als eindeutig unzureichend, um den Entwicklungstendenzen des abhängigen Kapitalismus auf dem Kontinent gerecht zu werden, und schließlich als ein objektives Hindernis für die Herausbildung der neuen Akkumulationsformen. Der Populismus und der Reformismus waren unfähig, die Reallöhne in dem Maße herabzudrücken, wie dies die neuen Bedingungen erforderten. Sie waren auch nicht in der Lage, den Protektionismus aufzuheben, der die Konzentration von Kapital in einem neuen dynamischen Sektor ermöglichen sollte und sie konnten die Rückständigkeit der Landwirtschaft nicht überwinden.« - »Das führte zu zunehmender Stagnation und

wachsender Instabilität, wie sie die lateinamerikanischen Volkswirtschaften seit dem Ende der 60er Jahre kennzeichneten.«

Die oben dargestellte Einkommenskonzentration beim monopolistischen Kapital »geht im nationalen Machtgefüge einher mit der Neuformierung des herrschenden Blocks, der jetzt ausschließlich vom einheimischen und ausländischen Großkapital gebildet wird. Das bedeutet, daß die traditionelle Oligarchie der Großgrundbesitzer an den Rand gedrängt wird und daß die kleine und mittlere Bourgeoisie, die vom staatlichen Protektionismus und einer weniger starken Einkommenskonzentration profitierte, jetzt ihre Vorteile verliert, die sie früher aufgrund ihrer Nähe zu diesem herrschenden Block erzielte.

Diese *soziale Isolierung des herrschenden Blocks*, dessen Politik folglich nicht nur im Widerspruch zu den Lohnabhängigen, sondern auch zu Teilen der Bourgeoisie steht, bringt mit sich, daß die bis zur äußersten Grenze getriebene Ausbeutung der großen Mehrheit und die Marginalisierung bisher privilegierter Schichten unvermeidlich zu *einer zentralisierten, autoritären und äußerst repressiven Diktatur als Regierungsform* führen muß.

Die absolute Stärkung der Exekutive und weitestgehende Schwächung, ja völlige Ausschaltung des Parlaments sind die Widerspiegelung einer objektiven Wirklichkeit, in der ein homogener herrschender Block die Institution des Parlaments als Ort, an dem die Fraktionen der Bourgeoisie öffentlich ihre Differenzen austragen konnten, beseitigt hat. In der Tat gibt es unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum noch etwas auszutragen. Die Veränderungen, die sich aus den neuen wirtschaftlichen Zielen ergeben, erfolgen fast ausschließlich im Interesse des neuen herrschenden Blocks, aus dem alle Fraktionen ausgeschlossen wurden, die nicht zur Großbourgeoisie gehören. Daher können diese Maßnahmen nur von einer starken und autoritären Exekutive entschieden werden ...

Deshalb wird in dem politischen Modell anstelle des Parlaments die Exekutive und die repressive Funktion des Staates gestärkt und zum echten Rückgrat der neuen Herrschaftsstruktur entwickelt. Nur auf der Grundlage dieses Repressionssystems kann die Ausbeutung der Lohnabhängigen über die Zerschlagung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und die physische Vernichtung ihrer Führungskader bis zur äußersten Konsequenz getrieben werden. Nur so kann auch der Widerstand der an den Rand gedrängten Teile der Bourgeoisie gebrochen werden und besonders der des Kleinbürgertums, das zu extremistischen Positionen neigt, wenn sich seine Lebensbedingungen verschlechtern ...

Durch die Krise werden also die Alternativen sichtbar, die sich für die Entwicklung auf dem Kontinent stellen: Auf der einen Seite die Politik der verstärkten Konzentration, die Entnationalisierung und Unterordnung des einheimischen Großkapitals unter das ausländische Kapital. Auf der anderen Seite eine wirklich nationale und somit antiimperialistische Politik, zu der notwendigerweise die Zerschlagung der Industrie- und Finanzmonopole wie die Vergesellschaftung der entscheidenden Produktions- und Dienstleistungsbereiche durch den Staat mit dem Ziel der Einleitung einer Planung der Wirtschaft gehört ...

Aus diesem Grund wird in allen Positionen, die ideologisch das System zu rechtfertigen versuchen, um die kleine und mittlere Bourgeoisie zu gewinnen oder zu neutralisieren, die Gefahr hervorgehoben, die dem Kapitalismus allgemein von einer politischen Stärkung der Volkskräfte drohe. Mehr noch: Da das Regime des Großkapitals aus der Krise - welche Ausdruck des Übergangs zu neuen kapitalistischen Akkumulationsformen ist - hervorgeht und Teil von ihr ist, versucht es, diese Krise für seine Bedürfnisse zu nutzen und neue ideologische Formen zu seiner Stärkung und zum Kampf gegen die Volksbewegung zu finden ...

Hier zeigt sich, daß Regimes dieses Typs in Lateinamerika nicht eine zufällige und noch weniger eine vorübergehende Erscheinung sind. Sie sind Ausdruck der hervorstechenden Züge der einzigen Alternative zum Sozialismus, oder aus einem anderen Blickwinkel gesehen, der einzigen Regierungsform, die der kapitalistische Staat annehmen kann, um zu überleben und im Inland die Akkumulationsformen zu schaffen, die der Kapitalismus als internationales System verlangt ...

Diese grundsätzliche Übereinstimmung reicht zwar zur allgemeinen Charakterisierung dieser Regimes aus, aber nicht für ihre spezifische Beschreibung. Wir können hier nur darauf hinweisen, daß sie sich auch in vielen formalen Aspekten vom europäischen Faschismus zwischen den Weltkriegen unterscheiden. Wir sind uns jedoch bewußt, daß hier nicht der Ort ist, eine endgültige Antwort auf die Frage nach der genauen Beziehung zwischen dem Typ des Faschismus, wie er heute in Lateinamerika zu verzeichnen ist, und dem Faschismus, den wir als 'klassisch' bezeichnen können, zu geben. Wir beschränken uns darauf, auf ein Grundelement hinzuweisen, das grundsätzlich zur Lösung dieses Problems beitragen kann, wobei gesonderte und gründlichere Untersuchungen zu diesem Thema erstellt werden müssen.

Es geht darum, daß sich die Unterschiede im wesentlichen dahingehend zusammenfassen lassen, daß die lateinamerikanischen Regimes als nicht nationalistisch, sondern vielmehr als den ausländischen Interes-

sen untergeordnet zu charakterisieren sind; daß sie sich nicht auf eine zivile Organisation der Partei stützen, um an die Macht zu gelangen, sondern direkt auf die Armee und nicht einmal zu Beginn, wenn die Unterstützung durch die kleine und mittlere Bourgeoisie noch am größten ist, mit einer echten Massenbasis rechnen können. Die Unterschiede sind vor allem ihrem Wesen nach auf etwas zurückzuführen, das die lateinamerikanischen Gesellschaften vor allem auszeichnet - *die Abhängigkeit*. Wir glauben deshalb, das diese Regimes am besten durch den Begriff *abhängiger Faschismus* zu charakterisieren sind.

Als Funktion der Abhängigkeit der lateinamerikanischen Gesellschaften ist folglich die unvermeidliche Unterordnung der sich in ihnen herausbildenden faschistischen Regimes unter die Interessen des internationalen Monopolkapitals zu erklären.«

Die Kennzeichnung dieser Systeme als »abhängiger Faschismus« benennt in der Tat einen wesentlichen Unterschied zum deutschen und italienischen Faschismus. Sinnvoll wäre es, auch den Unterschied in den Methoden der Herrschaftssicherung, also die fehlende Massenbasis und die hauptsächlichliche Absicherung durch den staatlichen Gewaltapparat, in der Begriffsbildung auszudrücken und von »abhängigem Militärfaschismus« zu sprechen. Diese Bezeichnung würde jedenfalls dem Erfordernis genügen, diese Herrschaftssysteme von den faschistischen Diktaturen der 20er und 30er Jahre deutlich zu unterscheiden.

Die hier skizzierten Theorien schließen an eine These des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Paul Baran aus den 50er Jahren an, der vom »exportierten Faschismus« sprach.³³ Die Errichtung terroristischer Herrschaftssysteme im kolonialen und halbkolonialen Bereich durch kapitalistische Staaten bei Aufrechterhaltung parlamentarisch-rechtsstaatlicher Formen im Mutterland ist zwar nichts Neues, sondern gehörte von Anfang an zur Praxis der Kolonialmächte. Der Monopolkapitalismus hat jedoch, wie die oben dargelegten Untersuchungen gezeigt haben, auch hier zu einer qualitativen Veränderung geführt.

C. Versuch einer Typologisierung (M. Weißbecker)

Geht man von dem weiten Faschismusbegriff der Dimitroff-Richtung aus und verzichtet also auf die Massenbewegung als Definitionselement, so lassen sich für die Periode seit 1945 sehr »vielfältige Erscheinungsformen des Faschismus« unterscheiden. Der in Jena lehrende Historiker Manfred Weißbecker hat versucht, diese verschiedenen Typen zu systematisieren.³⁴ Er unterscheidet »im wesentlichen sechs Erscheinungsformen«: Die erste Erscheinungsform verkörpern jene Staaten, in denen die faschistische Diktatur bereits in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen errichtet wurde, die also den Zusammenbruch der faschistischen Hauptmächte Deutschland und Italien überdauert haben. Dazu gehören Spanien und Portugal. Weißbecker nennt sie die 'traditionellen' faschistischen Diktaturen«. Beide mußten - was Weißbecker zwar vermuten, aber noch nicht als vollendete Tatsache darstellen konnte - um die Mitte der 70er Jahre dem gewachsenen Druck der demokratischen Kräfte im nationalen und internationalen Maßstab weichen und durch parlamentarisch-demokratische Staatsformen ersetzt werden. Dabei ergaben sich für die demokratischen Kräfte neue Entfaltungsmöglichkeiten und für die herrschende Klasse große Schwierigkeiten, die Demokratisierung auf den staatlich-institutionellen Bereich zu beschränken und die alte Eigentums- und Gesellschaftsordnung zu sichern. Sie versuchen dabei, so viel wie möglich auch vom alten Staatsapparat zu bewahren - wie dies die herrschende Klasse in solchen Situationen immer tut und auch nach 1918 und nach 1945 in Deutschland mit Erfolg getan hat. Auch wenn die sozialistischen Bestrebungen in beiden Ländern zunächst einmal eingedämmt werden konnten, ist doch der Sturz dieser Diktaturen ein großer Fortschritt im Sinne der Demokratie und der weiteren Möglichkeiten des demokratischen Kampfes.

Als zweite Erscheinungsform nennt Weißbecker »neue faschistische oder halbfaschistische Regimes«, zu denen er Chile, »das militärfaschistische Griechenland« (1967 bis 1974) und »in vieler Hinsicht auch reaktionäre Militärregimes in Lateinamerika und Asien« zählt. Weißbecker sieht vor allem »drei Ursachen, die sehr eng miteinander verknüpft sind,

zugleich aber nicht unwesentliche Unterschiede in den einzelnen terroristischen Herrschaftsformen bedingen:

Die Errichtung eines faschistischen Regimes erfolgt vor allem mit dem Ziel, den in der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und in der anti-imperialistischen Volksfront zusammengeführten Kräften in entscheidenden Phasen des Klassenkampfes den Weg zum Fortschritt zu verlegen ...

Dabei stimmen die Interessen der jeweiligen nationalstaatlich organisierten Großbourgeoisie mit denen des Weltimperialismus überein, wenn letzterer an der strategischen Position des jeweiligen Landes besonders interessiert ist. So war es in Chile 1973 und in Griechenland 1967 ...

Die Hinwendung zu neuen faschistischen bzw. halbfaschistischen Herrschaftsformen erfolgt gleichzeitig in der Absicht, eigene hegemoniale Ansprüche, darunter ökonomische Expansionsgelüste, durchzusetzen. Dieses enge Wechselverhältnis zwischen dem Hauptwiderspruch Kapital und Arbeit und den Gegensätzen innerimperialistischer Natur, das 1933 für die Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur in Deutschland ausschlaggebend war, dürfte heute zum Beispiel bei der Faschisierung in Brasilien eine große Rolle spielen ...

So zum Beispiel sucht das Monopolkapital in Brasilien mit Unterstützung der USA die traditionelle Auseinandersetzung mit Argentinien um die Hegemonie in Südamerika zu seinen Gunsten zu entscheiden und einen eigenen 'Subimperialismus' zu entwickeln ...

Faschistische Regimes konnten sich schließlich dort entwickeln, wo Sicherung und Maximierung des Profits sehr eng mit dem verzweiferten Ringen der herrschenden Klasse um die Aufrechterhaltung des Rassismus und kolonialer Praktiken verbunden ist. So haben die herrschenden Kreise in Südafrika einen 'schleichenden Faschismus' in Gang gesetzt, mit dessen Hilfe seit 1948 durch die Nationalistische Partei ein umfangreiches Repressionssystem zur Unterdrückung, Ausbeutung und Entrechtung der zahlenmäßig überwiegenden afrikanischen Bevölkerung sowie des 'weißen' Proletariats geschaffen worden ist« (S. 39f)-

Als dritte Erscheinungsform des Neofaschismus nennt Weißbecker »faschistische Organisationen und Bewegungen« in den kapitalistischen Ländern.

»Zu den größten gehört die Movimento Sociale Italiano (MSI), die in Verbindung mit rund 350 rechtsradikalen Terrorgruppen eine 'Strategie der Spannungen' verfolgt, um mit Morden (seit 1969 rund 50!), Bombenanschlägen und provokatorischen Ausschreitungen (seit 1969 allein in Rom 1500) ein Klima der Unsicherheit zu schaffen, demokrati-

sehe Reformen zu torpedieren und die Apenninen-Halbinsel für einen neuen 'starken Mann' reif zu machen ...

Die italienischen Neofaschisten bezeichnen sich unverhohlen als die 'Erben des Duce' und demonstrieren die Wesensgleichheit und die Kontinuität in der Entwicklung von Faschismus und Neofaschismus. Große Teile des italienischen Neofaschismus sind als eine direkte Fortsetzung des alten Mussolini-Faschismus zu betrachten, als eine orthodoxe Form des Neofaschismus ...

Die politische und soziale Funktion dieser Organisationen ist in allen imperialistischen Ländern gleich: Sie bilden ein zusätzliches und den staatsmonopolistischen Herrschaftsmechanismus ergänzendes Pressionsmittel gegenüber der Arbeiterklasse; sie werden von der Monopolbourgeoisie zur Rechtfertigung ihres gegen Demokratie und Fortschritt gerichteten Autoritarismus benötigt und stellen eine Reserve für den Fall dar, daß die Aufrechterhaltung der Reste bürgerlicher Demokratie dem Monopolkapital als ungeeignet zur Sicherung seiner Macht erscheint.« (S. 40f.).

Die vierte Erscheinungsform sieht Weißbecker in dem »starken rechtsextremistischen Potential« im Staatsapparat, »vor allem in Führungsschichten der Armee und der Polizei, der Justiz und der Staatsbürokratie«. Im Unterschied zur Lage nach dem Ersten Weltkrieg sei es heute faschistischen Parteien kaum möglich, Massenorganisationen aufzubauen. Heute sei »der Staatsmechanismus selbst zu einem gewaltigen Inkubator faschistischer Bazillen geworden«. Dabei greifen faschistische Ideen auch auf die bürgerlichen Parteien des rechten Flügels über (S. 42).

Es ist nicht recht einsichtig, wo hier der qualitative Unterschied gegenüber der Periode nach dem Ersten Weltkrieg liegen soll. Allenfalls könnte man von einer graduellen Verschiebung sprechen. Denn auch für die damalige Periode war es kennzeichnend, daß der Staatsapparat die faschistischen Aktivitäten geduldet und begünstigt und den Faschierungsprozeß auch aktiv vorangetrieben hat. Dies war besonders deutlich in Italien, gilt jedoch auch für Deutschland. Und auch die Propagierung faschistischer Ideen durch die bürgerlichen Parteien des rechten Flügels, in Deutschland vor allem durch die Deutschnationalen, aber auch durch die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, war von beträchtlicher Bedeutung für die Salonfähigkeit der NSDAP.

Es erscheint auch fragwürdig, die Bildung einer faschistischen Massenbewegung heute für (fast) unmöglich zu erklären. Wenn Parteien wie die MSI in Italien oder die NPD in der Bundesrepublik bis zu 10 Prozent der Stimmen erhalten, so ist unter Bedingungen einer noch schwe-

ren und länger anhaltenden Krise und verstärkter Demagogie durch die gesamte rechte Propagandamaschinerie auch ein noch stärkeres Anwachsen nicht auszuschließen - zumal das autoritäre und faschistische Potential in der Bevölkerung, besonders in der Bundesrepublik, beträchtlich ist.³⁵ Im Falle der MSI wäre darauf hinzuweisen, daß eine Partei von 400.000 Mitgliedern - diese Zahl nennt Weißbecker selbst - wohl schon als Massenbewegung gelten muß. Sehr viel stärker ist die Bewegung Mussolinis im Jahre 1921 auch nicht gewesen.

»Eine weitere, *fünfte* Erscheinungsform des Faschismus ist die Anwendung einzelner oder mehrerer faschistischer Methoden und Praktiken in bestimmten Bereichen imperialistischer Politik. So sind die grausame amerikanische Kriegführung in Indochina und bestimmte terroristische Züge in der Aggressions- und Annexionspolitik Israels gegenüber den arabischen Ländern und dem Volk von Palästina mit den faschistischen Methoden der totalen Kriegführung Hitlerdeutschlands vergleichbar.

Faschistischen Charakter hatte gleichermaßen die blutige Liquidierung von einer halben Million indonesischer Kommunisten oder die Unterdrückung nationaler oder rassischer Minderheiten in mehreren kapitalistischen Ländern. Dabei ist nicht nur an die berüchtigte Apartheidpolitik in Südafrika, sondern auch an die barbarische Behandlung der Indios in Brasilien oder der farbigen Bürger (10 Prozent der Bevölkerung!) in den USA zu denken.« Weißbecker spricht hier von »faschistischen Methoden auf Einzelgebieten«, wenngleich »die Gesamtheit des Systems nicht als faschistisch bezeichnet werden kann« (S. 42).

Gegen diese Ausweitung des Faschismusbegriffs sind erhebliche Bedenken am Platz - unabhängig von der Frage, ob man die faschistische Massenbewegung als wesentliches Element des Faschismus betrachtet oder nicht. Wenn man den Faschismusbegriff schon dort anwendet, wo in Einzelbereichen grausame und terroristische Herrschaftsmethoden praktiziert werden, so geht die analytische Schärfe und Präzision des Faschismusbegriffs weitgehend verloren. Derlei Methoden sind üblich, seit es Klassengesellschaften gibt, also seit mehr als 5.000 Jahren. Und selbst wenn man den Begriff begrenzt auf die »imperialistische« Periode, so ist damit an Präzision noch nicht viel gewonnen. Es gibt kaum einen Staat und kaum einen politischen und gesellschaftlichen Bereich, in dem solche Methoden nicht von Fall zu Fall angewandt wurden. Der Vorschlag Weißbeckers kommt dem Begriff des »sektoralen Faschismus« nahe, wie er von Manfred Clemenz entwickelt wurde³⁶ und gegen den die gleichen Bedenken bestehen. Um die Klarheit des Faschismusbegriffs zu erhalten und um ihn nicht durch weite Anwendung auf alle

Formen von partiell, punktuell oder gelegentlich terroristische Herrschaftspraxis zu verharmlosen, sollte er begrenzt werden auf solche Systeme, die den *schrankenlosen und totalen Terror* und die *dauerhafte* und *vollständige* terroristische Unterdrückung *aller* oppositionellen und kritischen Kräfte zum Herrschaftsprinzip machen - und auf solche Bewegungen, die auf ein solches System hinstreben. Allenfalls sollte man bei solchen Erscheinungen, wie sie Weißbecker nennt, von »faschistischen Tendenzen« oder »faschistischem Potential« sprechen.

Schließlich nennt Weißbecker die »internationalen Erscheinungsformen«, bei denen er zwei Varianten unterscheidet: »In zunehmendem Maße versucht der gegenwärtige Faschismus, sich international zu organisieren und koordiniert zu wirken. Unmittelbar nach 1945 handelte es sich zunächst um das Zusammenwirken von Kräften des alten Faschismus,' besonders von SS-Angehörigen verschiedener Nationalität. In den letzten Jahren waren jedoch die neofaschistischen Organisationen darum bemüht, eine 'schwarze' Internationale ins Leben zu rufen.«

Zur zweiten Variante sagt Weißbecker: »Viele Aktionen der Neofaschisten - einschließlich ihrer 'Machtergreifung' - sind das Werk oder sind stark beeinflusst von den großen Geheimdiensten, insbesondere der amerikanischen CIA, von den multinationalen Monopolen und von internationalen Organisationen der imperialistischen Welt wie dem Oberkommando der NATO« (S. 42).

Es ist leicht zu sehen, daß gegen die zweite Variante die gleichen Argumente sprechen, die schon oben gegen die Ausweitung des Faschismusbegriffs vorgebracht wurden. Hier besteht die Gefahr, daß die »multinationalen Monopole« insgesamt als »Erscheinungsform« des Faschismus betrachtet werden, was bedeuten würde, daß alle entwickelten kapitalistischen Staaten in einem beträchtlichen Ausmaß vom Faschismus beherrscht sind. Man sollte begrifflich klar unterscheiden zwischen faschistischen Bewegungen und Systemen einerseits und Kräften, die unter bestimmten Bedingungen den Faschismus unterstützen und an die Macht bringen, andererseits. Dies ist eine Unterscheidung, die sich schon bei der Analyse des deutschen und italienischen Faschismus bewährt hat. Auch dort wurden ja Monopolkapital, Militär und hohe Beamtenschaft nicht generell als Erscheinungsformen des Faschismus, sondern als Förderer, Bundesgenossen, Nutznießer und Teilhaber des Faschismus gekennzeichnet.

Gerade wenn man den weiten Anwendungsbereich des Faschismusbegriffs durch die Dimitroff-Theorie zugrunde legt, der auch Weißbecker sich verpflichtet fühlt, muß es erstaunen, wie er zusammenfassend das Wesen des Faschismus seit 1945 charakterisiert: »Am Ziel des

Faschismus, ein Regime der Gewalt und der Willkür, der Expansion und Aggression im Interesse der Monopolbourgeoisie und ihrer jeweils führenden Kreise zu errichten, hat sich trotz neuer Formen seines Auftretens nichts geändert« (S. 44). Besteht nicht ein wesentlicher Unterschied des »abhängigen Militärfaschismus«, wie er in Chile, Argentinien, Brasilien und Griechenland errichtet wurde, gegenüber dem Faschismus in Deutschland und Italien, der einen eigenständigen Imperialismus repräsentierte, gerade darin, daß jener zur Expansion und Aggression größeren Stils nach außen kaum in der Lage ist, daß also sein Terror ausschließlich innenpolitische Funktion hat?

Der Vorschlag Weißbeckers zur Typologisierung der Erscheinungsformen des Faschismus in der Periode seit 1945 bietet also zweifellos Ansätze, die sehr diskutierenswert sind, weist jedoch auch Unstimmigkeiten und Mängel auf. Die gesamte Entwicklung seit dem Zusammenbruch der faschistischen Hauptmächte 1945 bedarf offensichtlich noch gründlicher empirischer Untersuchung und theoretischer Klärung.

D. Faschismustheorien und Politik: Die Entwicklung der Faschismuskussion in der Bundesrepublik Deutschland

Die Theorien über den Faschismus wurden bisher hauptsächlich unter dem Aspekt der Wahrheitsfrage betrachtet, das heißt, nach ihrer Übereinstimmung mit der historischen Wirklichkeit und nach ihrem Erklärungswert für Entstehung und Politik des Faschismus befragt. Im ersten Teil dieses Buches ist jedoch dargelegt worden, daß zum vollen Verständnis von politischen und wissenschaftlichen Theorien auch deren Entstehung und deren Wirkung untersucht werden müssen. Gerade für die Faschismuskussion in der Bundesrepublik ist es offensichtlich, daß hier aktuelle politische Interessen eingegangen und für die Entstehung wie für die Wirkung sehr bedeutsam geworden sind. In der Tat ist die Entwicklung dieser Diskussion ohne Berücksichtigung dieser Interessen überhaupt nicht verständlich. Eine grobe Skizze dieses Zusammenhangs wurde in der Einleitung des Abschnitts »Hauptvarianten der Faschismustheorien« bereits geliefert, und bei der Darstellung der einzelnen Theorien, insbesondere der Totalitarismus- und der Führertheorie, wurde dieser Zusammenhang kurz angesprochen. Hier soll er nun genauer betrachtet werden - mit dem Ziel, die verschiedenen Theorien in den historischen und politischen Kontext einzuordnen, aus dem heraus sie entstanden sind und in dem sie gewirkt haben, um so ein tieferes Verständnis dieser Theorien zu ermöglichen und überhaupt Theoriegeschichte als ein Stück Gesellschaftsgeschichte zu erweisen.

Nach der Niederwerfung der faschistischen Hauptmächte Deutschland, Italien und Japan 1945 war der Faschismus angesichts der ungeheuren Verbrechen, die er begangen hatte, in den Augen der Weltöffentlichkeit wie auch bei der Mehrheit des deutschen Volkes vollständig diskreditiert - und mit dem Faschismus alle Kräfte und Persönlichkeiten, die ihn getragen und unterstützt hatten. Von dieser Ausgangslage her ist die Faschismuskussion zu erklären, die sich in diesen Jahren entwickelt hat. Aus der Tatsache, daß sowohl die Antifaschisten wie die bisherigen Träger und Helfer des Faschismus sich nun äußerten, ergab sich eine deutliche Polarisierung der Diskussion.

Auf der einen Seite versuchten die Antifaschisten, die jetzt aus den

Zuchthäusern und Konzentrationslagern kamen, aus der Emigration heimkehrten oder aus dem Untergrund auftauchten, die Lehren aus den Erfahrungen mit dem Zusammenbruch der Weimarer Republik und dem Faschismus zu ziehen und Staat und Gesellschaft grundlegend umzugestalten, um der Demokratie dieses Mal ein festes Fundament zu geben. Ihnen war klar, daß es großkapitalistische Kräfte und Interessen gewesen waren, die zur Zerstörung der Demokratie, zur Errichtung der Diktatur und zum Krieg geführt hatten und daß deshalb auch die Wirtschaft demokratischer Kontrolle unterworfen werden müsse. So erhoben damals alle Parteien - bis hin zur CDU - Sozialisierungsforderungen, und in den frühen Landesverfassungen der Jahre 1946/47 wurden diese auch verfassungsrechtlich verankert. Am klarsten wurden sie natürlich von den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD und von den Gewerkschaften formuliert.

Zudem hatte man erlebt, daß die Führungsschichten in Verwaltung und Justiz, Militär und Massenmedien, Erziehung und Wissenschaft die Errichtung der Diktatur und die Politik des Faschismus unterstützt hatten. Daraus ergab sich die Forderung nach gründlicher Säuberung all dieser Führungspositionen und ihre Besetzung durch zuverlässige Antifaschisten.

Ähnliche Vorstellungen über den deutschen Faschismus herrschten anfänglich bei den alliierten Siegermächten, die weitreichende Entnazifizierungsmaßnahmen beschlossen und beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg nicht nur die faschistischen Führer, sondern auch führende Persönlichkeiten des Militärs und der Wirtschaft anklagten und verurteilten. Diesen Maßnahmen lag eine ziemlich zutreffende Beurteilung des Faschismus zugrunde, die sich auf ein breites Beweismaterial stützen konnte.

Diese Beurteilungen des Faschismus wurden zwar weder von den deutschen Antifaschisten noch von den alliierten Besatzungsbehörden in Gestalt einer wissenschaftlichen Theorie ausformuliert, doch ist leicht zu erkennen, daß sie dem nahekamen, was in der wissenschaftlichen Faschismuskonversation später von den Bündnistheorien formuliert wurde. (Für die Behörden der Westalliierten, in denen sehr unterschiedliche politische Kräfte vertreten waren, gilt das natürlich nur teilweise.)

In die Diskussion der etablierten Wissenschaft drangen solche Auffassungen allerdings nicht ein. Die Historiker (und ebenso die Juristen, Wirtschaftswissenschaftler, Germanisten usw.), die an den Universitäten lehrten und die fachwissenschaftliche Diskussion bestimmten, hatten in ihrer großer Mehrheit den Faschismus ideologisch unterstützt. Und sie hatten nun natürlich das Bedürfnis, Interpretationen zu ver-

breiten, die ihre eigene Unschuld bewiesen - und die Unschuld der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt, der sie sich verpflichtet fühlten. Dabei bot sich die Führertheorie an, die alle Verantwortung auf Adolf Hitler (und einige andere faschistische Führer wie Göhring, Goebbels und Himmler) schob und alle anderen zu wehrlosen Befehlsempfängern oder gar zu Opfern der Führerdiktatur machte. Diese Führertheorie hatte den Vorzug, daß sie an die Selbstdarstellung des Faschismus anknüpfen konnte und damit scheinbar direkt der Wirklichkeit und dem Erfahrungshorizont vieler Mitläufer entnommen war. Sie hatte weiter den Vorzug, daß sie an alte Traditionen der deutschen Geschichtswissenschaft anknüpfen konnte, die ja schon immer gelehrt hatte, daß es die großen Führerpersönlichkeiten sind, die »Geschichte machen«. Und sie konnte sich schließlich auf alle die ehemaligen Generale, Wirtschaftsführer und hohen Beamten berufen, die als Angeklagte oder als Zeugen in den Gerichtsverfahren oder als Memoirenschreiber eben dies aussagten: daß es gegen den Diktator Hitler keine Möglichkeit gegeben habe, sich zu wehren oder sich auch nur den Befehlen zu entziehen.

Sofern neben dem Führer und seiner Diktatur überhaupt noch andere Aspekte zur Sprache kamen, beschränkten sie sich weitgehend auf die ideengeschichtlichen Zusammenhänge faschistischer Ideologie und konzentrierten sich dabei auf den Antisemitismus, von dem sich zu distanzieren keine grundsätzliche Preisgabe des antidemokratischen Weltbildes verlangte.

Das Ringen zwischen diesen beiden Faschismusinterpretationen kennzeichnete die ersten Jahre nach 1945, als auch die Frage der tatsächlichen Neugestaltung der Gesellschaft offen schien. Diese Lage änderte sich mit dem Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition und dem Übergang zum Kalten Krieg am Ende der 40er Jahre. Nun wurden im westlichen Teil Deutschlands die Entnazifizierungsmaßnahmen eingestellt, die antifaschistischen und sozialistischen Kräfte zurückgedrängt und die alten Führungsschichten, die den Faschismus getragen hatten, in großem Maßstab wieder in ihre Führungspositionen eingesetzt. In ihnen sahen die USA die zuverlässigsten Bundesgenossen im Kampf gegen den Kommunismus, der ihnen nun als die Hauptaufgabe erschien.

Dies hatte natürlich schwerwiegende Folgen nicht nur für das politische Klima im allgemeinen, für das Wiederaufleben antidemokratischer Ideologien, für die Tolerierung rechtsextremer Agitation, für den äußerst milden Umgang mit Kriegsverbrechern usw., sondern auch für die Faschismuskussion. Jetzt wurden jene von den Antifaschisten

getragenen, auf Demokratisierung und Sozialisierung drängenden Interpretationen als staatsfeindlich und moskauhörig diffamiert und aus der öffentlichen Meinungsbildung verdrängt. (An den Hochschulen und in der fachwissenschaftlichen Diskussion hatten sie, wie schon dargelegt, ohnehin nie Fuß fassen können, da dort die alte Garde der Historiker ihre Herrschaft auch nach 1945 ungebrochen fortgesetzt hatte.) Mit dem Verbot der KPD 1956 - das in keiner anderen parlamentarischen Demokratie Europas eine Parallele findet - wurde zudem ein Instrument geschaffen, um jede kritische Äußerung als in dieser oder jener Hinsicht mit kommunistischen Auffassungen verwandt und somit verbotswürdig verfolgen zu können. So gab es in den 50er Jahren jährlich etwa 15.000 politische Ermittlungsverfahren und also eine Atmosphäre, die eine auch nur halbwegs offene wissenschaftliche Diskussion nicht mehr erlaubte.

Für die Kräfte, die den Faschismus politisch und ideologisch unterstützt hatten, trat nun die Notwendigkeit, sich zu rechtfertigen und reinzuwaschen und also Defensivideologien zu entwickeln, in den Hintergrund. Jetzt gewannen offensive, gegen die sozialistische Arbeiterbewegung im eigenen Land und die sozialistischen Länder gerichtete Interpretationen die Oberhand. Die Führertheorie verschwand zwar nicht gänzlich, sondern blieb, was sie immer gewesen ist: ein wesentliches Element des bürgerlichen Geschichtsbildes. Aber als herrschende Faschismusinterpretation wurde sie nun abgelöst von der Totalitarismustheorie. Diese erlaubte es, die antifaschistische Frontstellung scheinbar fortzusetzen und die noch sehr starken antifaschistischen Stimmungen der Bevölkerung aufzufangen und zugleich umzufunktionieren als Kampfmittel gegen die Linke: Jetzt sei der Kommunismus die totalitäre Hauptgefahr, und die DDR sei die aktuelle Gestalt des Totalitarismus - oder, als politische Parole formuliert: »Hitler ist tot, Ulbricht aber lebt.« So bestimmte in der Periode des Kalten Krieges die Totalitarismustheorie sowohl die wissenschaftliche wie auch die politische Diskussion und wurde tatsächlich zur herrschenden Ideologie unseres Landes, die durch einen Beschluß der Kultusminister 1962 auch für den Geschichtsunterricht als verbindlich erklärt wurde.

In diesen Jahren begann allerdings ihre absolute Vorherrschaft schon abzubröckeln. Seit Beginn der 60er Jahre wurde immer deutlicher, daß das bisherige außenpolitische Konzept der Bundesrepublik, die »Politik der Stärke«, die die »Befreiung« des »ganzen versklavten Europa östlich des Eisernen Vorhangs« anstrebte³⁷, nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Hinzu kam, daß die lange Konjunkturperiode, das »Wirtschaftswunder«, nun zu Ende ging und damit auch die schweren gesellschaftlichen

Strukturmängel ins Bewußtsein traten: die skandalöse Ungleichheit in der Vermögens- und Einkommensverteilung und bei den Bildungschancen, die Mängel im Gesundheits- und Ausbildungswesen usw. Der Übergang zur Entspannungspolitik, die Ablösung der seit 1949 dauernden CDU-Herrschaft und die Bildung der sozial-liberalen Regierung, die aufbrechende Studentenbewegung, wachsendes politisches Bewußtsein und verstärkte Kampfbereitschaft in der Arbeiterbewegung, eine breite öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit gesellschaftlicher Reformen - dies waren die neuen Bedingungen, die auch der Faschismuskussion eine tiefgreifende Wende gaben.

Die politische Atmosphäre hatte sich soweit verändert, daß nun - zum erstenmal in der deutschen Geschichte - radikaldemokratische und marxistische Positionen auch an den Hochschulen artikuliert werden konnten. Sie erhielten starke Impulse von der Studentenbewegung, und obgleich sie innerhalb der Professorenschaft auch jetzt nur eine kleine Minderheit repräsentierten, konnten sie doch einen beachtlichen Einfluß auf die wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Diskussion erlangen. Das hing damit zusammen, daß die jetzt in den Hochschulen Studierenden keine faschistische Vergangenheit zu verbergen hatten, sondern im Gegenteil mit wachsendem Interesse nach der faschistischen Vergangenheit ihrer Väter und Professoren fragten - und der Führungsschichten der BRD, die gerade in diesen Jahren eine Notstandsgesetzgebung durchsetzten, welche in fataler Weise an die deutsche Vergangenheit erinnerte. Zudem war diese junge Generation schockiert von der Kriegführung der USA in Vietnam, deren Methoden sehr eindringlich an den Faschismus gemahnten. So kamen die bis dahin herrschenden politischen und moralischen Wertvorstellungen über die »freie Welt« ins Wanken und wurde die Frage nach den wirklichen Ursachen des Faschismus immer dringlicher gestellt. Da nun zugleich auch eine Generation junger Wissenschaftler herangewachsen war, die ebenso wie die Studenten persönlich keine faschistische Vergangenheit zu verbergen hatte, konnte nun - begünstigt durch die Liberalisierung des allgemeinen Klimas - unbefangener über den Faschismus geforscht und diskutiert werden. Die Hochschulreformgesetze, die in diesen Jahren in einer Reihe von Bundesländern die starke persönliche Abhängigkeit der jungen Wissenschaftler von ihren Professoren aufgehoben oder mindestens abgemildert hatten, wirkten in die gleiche Richtung.

Unter diesen Bedingungen konnten theoretische Ansätze wieder aufgenommen werden, die in der Arbeiterbewegung schon zur Zeit der faschistischen Herrschaft entwickelt, seit der Restaurationsperiode jedoch verdrängt und unterdrückt worden waren. Und es konnten die

Forschungen und Dokumentenpublikationen zur Kenntnis genommen werden, die von Geschichtswissenschaftlern der DDR erarbeitet, bis dahin aber als bloße kommunistische Agitation und wissenschaftlich völlig indiskutabel abgetan worden waren. So entstand seit dem Ende der 60er Jahre eine Fülle von empirischen Arbeiten und theoretischen Beiträgen über den deutschen Faschismus, die sich als marxistisch verstanden und die faschistische Ideologie und Politik nicht mehr losgelöst von ihren gesellschaftlichen Wurzeln betrachteten, sondern nach den sozialen Bedingungen fragten, die sie hervorgebracht, und nach den sozialen Kräften und Interessen, die sie gefördert und von ihnen profitiert hatten. Damit war der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus, der nach 1945 im Bewußtsein der Antifaschisten und der Arbeiterbewegung tief verankert, dann aber aus dem öffentlichen Bewußtsein getilgt worden war, wieder thematisiert.

Die herkömmliche Geschichtswissenschaft stand diesen wissenschaftspolitischen Veränderungen zunächst ziemlich hilflos gegenüber. Im Schutz des Klimas der Restauration und des Kalten Krieges hatten die in den Faschismus verwickelten Historiker (und Geschichtslehrer) das Faschismusthema weitgehend ausgespart oder durch moralische Verurteilungen des Dämons Hitler, des Totalitarismus im allgemeinen und des Antisemitismus umgangen. Methodisch waren sie im wesentlichen beim Historismus stehen geblieben, der sich in der Beschränkung auf Führerpersönlichkeiten, diplomatische und militärische Aktionen und Ideengeschichte äußerte. Es war kein Zufall, daß die Arbeiten über den deutschen Faschismus, die diesen Rahmen sprengten, von Politikologen wie Bracher oder Soziologen wie Lipset und Dahrendorf veröffentlicht wurden.

Die veränderten Bedingungen Ende der 60er Jahre, besonders die an der marxistischen Wissenschaft orientierten Arbeiten, bewirkten nun beträchtliche Wandlungen auch in der etablierten Geschichtswissenschaft. Die mangelnde Reflexion der eigenen methodischen Grundlagen wurde nun bewußt, das »Theoriedefizit« wurde breit diskutiert. Von einer sozial-liberalen Richtung wurde die bisherige Abschirmung gegenüber den Sozialwissenschaften preisgegeben. Manche Historiker besonders der jüngeren Generation bezogen jetzt auch Elemente und Fragestellungen marxistischer Wissenschaft in ihre Untersuchungen ein.

So entstanden Interpretationen über den Faschismus, die teilweise an den Soziologen Max Weber, an Ansätze der amerikanischen Soziologie oder der Sozialgeschichte anknüpften, jedenfalls allesamt methodisch und inhaltlich von der Totalitarismustheorie abrückten. Zum

erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik entstanden damit auch Ansätze einer wirklich offenen Diskussion zwischen kontroversen Positionen, die in Zeitschriften, in Büchern und bei wissenschaftlichen Tagungen ausgetragen wurde. Dies ist die Periode, in der sowohl die Mittelstands- wie auch die Modernisierungstheorie zur Kenntnis genommen und weiter entwickelt und die verschiedenen Bündnis- und Polykratietheorien formuliert wurden und die Theorie vom Faschismus als der Diktatur des Monopolkapitals wenigstens bei einem Teil der Wissenschaftler Beachtung fand.

Schwere Rückschläge für das politische Klima im allgemeinen und die Offenheit der Faschismuskussion im besonderen ergaben sich, seit die politische Gegenoffensive der Rechten die Reformtendenzen zurückgedrängt hat. Diese Offensive erhielt Auftrieb (auch innerhalb der Führungsgruppen der sozial-liberalen Parteien und Regierungen) durch die sozialökonomischen Krisenerscheinungen seit 1973 mit ihren Folgen der Dauerarbeitslosigkeit und der wachsenden sozialen Unsicherheit für die arbeitende Bevölkerung und der Perspektivlosigkeit für beträchtliche Teile der jungen Generation. Nun wurden von den Herrschenden nicht nur die explizit gesellschaftskritischen Kräfte, sondern schon die von den sozial-liberalen Parteien geweckten Reformhoffnungen als Gefahr empfunden. Mit Berufsverböten und anderen Mitteln wurde besonders die junge Generation massiv eingeschüchert und wurde den Wissenschaftlern deutlich vor Augen geführt, daß sie mit dem Verlust ihrer beruflichen Laufbahn (wenn nicht mit Schlimmerem) zu rechnen haben, wenn sie marxistische oder auch nur entschieden reformistische Positionen vertreten.

Für die Faschismuskussion hatte diese Offensive der Rechten erhebliche Folgen. Sie kamen schon darin zum Ausdruck, daß die alten, in den aufgeklärten Kreisen der Wissenschaftler längst überwunden geglaubten Ansätze der vergangenen Jahrzehnte wieder zum Leben erweckt und mit einem gewaltigen Geld- und Propagandaaufwand übers Land geschwemmt wurden. Dies gilt sowohl für die Führertheorie, die nun in Gestalt der »Hitler-Welle« auf Massenwirksamkeit zielte, wie auch für die Totalitarismusthese, die erneut fast den Rang einer offiziellen Staatsdoktrin erhielt und als Begründung für den Radikalenerlaß und die breite Diffamierung fortschrittlicher politischer und wissenschaftlicher Positionen diente. Beide Varianten nahmen also formal die alten Thesen wieder auf. Aber inhaltlich und der politischen Funktion nach haben sie sie wesentlich verändert.

Was die *Führertheorie* betrifft, so hatte sie nach 1945, wie schon dargelegt, eine primär defensive Funktion: Sie sollte dadurch, daß alle Ver-

antwortung für die faschistische Politik Adolf Hitler zugesprochen wurde, alle seine Bundesgenossen und Helfer entlasten. Zu diesem Zweck war es notwendig, Hitler als allgewaltig und gar mit dämonischen Gaben ausgestattet darzustellen. Daß es sich um ein terroristisches und unmenschliches Regime gehandelt hatte, war damals unbestritten (von rechtsextremen Glorifizierungsversuchen des Faschismus abgesehen, die aber in der wissenschaftlichen Diskussion ohne Einfluß blieben). Die neue Führertheorie hingegen stellt die faschistische Diktatur als teilweise durchaus diskutabile Krisenlösung dar, als ein System, das das deutsche Volk aus Arbeitslosigkeit und Verzweiflung zu sozialer Sicherung und Begeisterung geführt und für Deutschland große nationale Erfolge gebracht hat.³⁸ Der Faschismus wird also zwar nicht vollständig, aber doch in wesentlichen Teilen rehabilitiert, besonders in Hinsicht auf die Errichtung eines »starken Staates«, der »Ruhe und Ordnung« schuf und mit den störenden Umtrieben der Kommunisten, der Gewerkschaften und der linken Intelligenz resolut aufräumte. In einer Lage, in der Krise und Arbeitslosigkeit für eine lange Frist sich abzeichnete und also in der Zukunft mit wachsender Unzufriedenheit bei der arbeitenden Bevölkerung gerechnet werden mußte, versuchten offenbar manche Kräfte jetzt, sozusagen »vorsorglich«, den starken, autoritären Staat populär zu machen als Ausweg aus allen Schwierigkeiten. Im Verein mit der verstärkten Repression gegen gesellschaftskritische Positionen, die verhindern sollte, daß linke Alternativen überhaupt ins Massenbewußtsein drangen, wurde diese Führertheorie Teil einer ideologischen Offensive der Rechten, die im Volk selbst den Ruf nach der starken Faust erzeugen sollte.

Die neue Führertheorie hat also - neben der defensiven, auf Verschleierung der wirklichen Ursachen des Faschismus gerichteten Funktion - auch eine offensive. Sie trägt nämlich dazu bei, den Boden zu bereiten für die Aushöhlung demokratischer Rechte, für den autoritären Staat. Erst im Kontext der gesamten politisch-ideologischen Offensive der Rechten lassen diese Faschismusedarstellungen ihren vollen Sinn erkennen: im Kontext der Äußerungen maßgeblicher Politiker und Organe der CDU/CSU und der Unternehmer über die Vorzüge der Diktaturen in Chile, Persien und Griechenland, über die Gefahren der Mitbestimmung, im Kontext der Tolerierung rechtsextremer Aktivitäten durch die Staatsorgane, der »Anti-Terror-Gesetze«, der Diffamierung aller demokratischen und liberalen Kräfte bis hin zu Willy Brandt und Heinrich Boll als Sympathisantenumfeld des Terrorismus.³⁹ Wenn Teile der Herrschenden einen stärker autoritär geformten Staat anvisieren, so muß als ideologischer Flankenschutz einer solchen Politik auch das

Geschichtsbild revidiert werden, muß der »starke Staat« des Faschismus einschließlich seiner Führerfigur von dem rein negativen Image der Inhumanität und Brutalität befreit werden, das er bisher hatte, müssen seine angeblichen »Leistungen« und »Erfolge« hervorgekehrt⁴⁰ und als aktuell bedeutsam dargestellt werden.

Die Springer-Zeitung *Die Welt*, die als wichtiges Sprachrohr der konservativ-reaktionären Teile der herrschenden Klasse gelten kann, hat diesen Zusammenhang beim Erscheinen des Hitler-Buches von J. C. Fest klar ausgedrückt: »Enthält die Korrektur des Hitler-Bildes wirklich nur wissenschaftlichen Wert und Beruhigung für die Nerven, oder bildet sich ... nicht vielleicht eine neue geschichtsmächtige Energie? Also: Wird man Hitler vielleicht noch wegen anderer Dinge als der Autobahnen schätzenlernen? ... Aber gerade darin erweist sich die epochale Bedeutung Hitlers, der die gründlichste, die deutsche Spielart des Faschismus beigesteuert hat. Heute, da die liberalen Versionen der Lebensregelungen fast ausgereizt sind, da die Frage nach der Ordnung sich oft herrisch stellt ..., wächst das Interesse an jedem wichtigen Gegenstand der deutschen Vergangenheit, auch an Hitler.«⁴¹

Die Führertheorie wurde auch in den 80er Jahren unverändert propagiert. Schon in den Titeln der Bücher und Aufsätze kommt dies zum Ausdruck, in denen immer wieder von »Hitlers Herrschaft«, »Hitlers Machtergreifung« und »Hitlers Krieg« die Rede ist. Und E. Gillessen geniert sich nicht, auch den »Dämon Hitlers« erneut zu bemühen, um die Verbrechen des deutschen Faschismus zu erklären.⁴² Auch das 1989 erschienene Heft *Spiegel Spezial: 100 Jahre Hitler* weist diese Interpretationstendenz deutlich aus. Und anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsbegins wiederholte der angesehene Bonner Politologe K. D. Bracher bei der Internationalen Historiker-Konferenz im Berliner Reichstag sehr prononciert seine These von »Hitlers Diktatur« - und die FAZ (1. 9.1989) stellte für diesen Text eine ganze Seite zur Verfügung.⁴³

Dabei soll nicht verkannt werden, daß die Frage nach Hitlers Rolle eine legitime Frage ist und daß neuere Forschungen hier auch bedenkenswerte Ergebnisse erbracht haben.⁴⁴ Und daß die marxistische Forschung diese Fragestellung bisher nicht systematisch bearbeitet hat, ist ohne Zweifel ein Defizit. Daß die bisherige »Hitler-Forschung« jedoch nach wie vor auf Verschleierung der wirklichen Kausalbeziehungen hinausläuft, scheint mir offensichtlich zu sein.

Die Wiedererweckung der *Totalitarismusthese* auch in der Wissenschaft (als *politisches* Kampfmittel war sie immer ein zentrales Element der herrschenden Ideologie) hat ihre Hauptfunktion darin, die radikal-demokratischen und sozialistischen Kräfte der Bundesrepublik als

»totalitär« und somit verfassungsfeindlich zu denunzieren und auf diese Weise ihre politische Unterdrückung zu rechtfertigen. Das in der Periode des Kalten Krieges sehr starke Element des ideologischen Kampfes gegen die sozialistischen Ländern tritt demgegenüber zurück. Daß die Totalitarismusthese zur Analyse dieser Länder ziemlich unbrauchbar war, wurde seit dem Ende der 60er Jahre wissenschaftlich kaum noch bestritten (obgleich in der politischen Agitation dieses Element natürlich weiter benutzt wurde). Allerdings bleibt bei diesen Autoren auch jetzt eine antifaschistische Frontstellung erhalten. Sie sehen sich als Verteidiger der parlamentarischen Demokratie gegen den rechten wie den linken »Radikalismus« und wollen auch keineswegs den Marsch in den autoritären Staat unterstützen, wie ihn die konservativ-reaktionären Kräfte anstreben und die Autoren der neuen »Führertheorie« ideologisch begründen. Dem realen politischen Effekt nach war allerdings die Totalitarismusthese immer primär gegen die Linke gerichtet. Sie hat nach 1949 keineswegs den massenhaften Einzug ehemaliger Nationalsozialisten in den Staatsdienst (bis hinauf in die Führungspositionen) verhindert, und auch heute bedeutet sie keine ernsthafte Einschränkung rechtsextremer Aktivitäten.

Das erneute Erstarren der Führertheorie und der Totalitarismusthese äußert sich jedoch nicht nur in den besonders extremen Formen der »Hitler-Welle« und der staatlich sanktionierten Formel des »Radikalismus von links und rechts«. Es äußert sich mindestens ebenso folgenreich im wissenschaftlichen Alltag, zum Beispiel darin, daß alle diejenigen Richtungen, die am Ende der 60er Jahre durch die neuen Entwicklungen und Thesen verunsichert waren, nun beruhigt zu ihrem alten Schema zurückkehren konnten - zumal sie angesichts der Einschüchterung der Studenten und der zum Teil wiederhergestellten persönlichen Abhängigkeit der jüngeren Wissenschaftler nun auch wieder bessere Durchsetzungschancen an den Hochschulen hatten. Das erneute Erstarren dieser Theorien äußert sich auch darin, daß wesentliche Elemente davon auch von solchen Autoren wieder stärker betont werden, die im übrigen ganz andere Positionen vertreten. So werden diese Elemente zum Beispiel zusammengebracht mit den Fragestellungen der herkömmlichen Politikwissenschaft, die sich auf politische Institutionen und Eliten konzentriert. Mit diesem Verfahren können reale Machtkämpfe zwischen verschiedenen Führungsgruppen im faschistischen System sehr genau beschrieben und kann doch die zentrale Frage nach den sozialen Triebkräften der Diktatur und der Expansion ausgeklammert oder durch den Rekurs auf die Führertheorie umgangen werden. So kann es geschehen, daß in einem für die nichtmarxistische Dis-

kussion der 70er Jahre ziemlich repräsentativen Sammelband⁴⁵ der Herausgeber inmitten einer mit modernistischem Vokabular entwickelten politologischen Argumentation Hitler plötzlich als »diabolisches Octroi über Deutschland« definiert, den Faschismus also von Hitler und diesen vom Teufel her erklärt. (Daß angesichts solcher Denkformen noch zweihundert Jahre nach dem Sieg der Aufklärung über das irrationale Weltbild des Mittelalters die Fachwelt nicht in Gelächter ausbricht, mag auf den ersten Blick verwundern, ist jedoch in einer Gesellschaft, in der zum Beispiel mit Billigung des Bischofs noch Teufelsaustreibung praktiziert wird, eingebettet in einen breiten Strom irrationaler Traditionen.⁴⁶)

Auch die seit 1972/73 entstandenen Bedingungen - die ideologische Offensive der Rechten, die massive Einschüchterung kritischer Wissenschaft, der stark eingeschränkte Raum für offene Diskussion - haben es jedoch nicht vermocht, die seit 1968 erreichten Fortschritte in der Faschismuskussion zunichte zu machen. Ein deutliches Anzeichen dafür ist, daß marxistische und an marxistischer Wissenschaft orientierte Schriften zwar von den etablierten Medien weitgehend ignoriert oder allenfalls in diffamierendem Sinn erwähnt werden, aber bei Studenten, jüngeren Lehrern und Schülern nach wie vor auf Interesse stoßen. Das zeigen die Auflagenzahlen dieser Bücher ebenso wie die der Zeitschriften *Blätter für deutsche und internationale Politik*, *Das Argument* usw. Auch in den Fachzeitschriften der etablierten Wissenschaft können sich diese Positionen weiterhin artikulieren - allerdings weniger in den historischen als in den sozialwissenschaftlichen wie der *Neuen Politischen Literatur* oder der *Politischen Vierteljahresschrift*. (Als Stegmann in der *Historischen Zeitschrift* auf die Anwürfe, die Turner dort gegen ihn vorgetragen hatte, entsprechend fundiert und ausführlich antworten wollte, wurde dies von der *HZ* abgelehnt.)

Ein zweites Anzeichen ist, daß die Forschungen der Geschichtswissenschaft der DDR inzwischen weithin als seriöse Wissenschaft ernst genommen (wenn auch in ihren Resultaten von der etablierten Wissenschaft natürlich abgelehnt) werden; hierzu gibt es viele Äußerungen von Hans Mommsen bis Andreas Hillgruber. Ein drittes Symptom ist, daß sich unter jüngeren Historikern und Politologen, die an den Hochschulen aber schon Professorenstellen haben, eine Richtung herausgebildet hat, die dem Druck von rechts nicht nachgibt, sondern die Resultate ihrer Forschungen auch öffentlich mit Festigkeit und Konsequenz vertritt. Daß der US-Historiker Turner mit seinen auf Reinwaschung des Großkapitals gerichteten Thesen bei der Bochumer Konferenz 1974 auf eine breite Front der Ablehnung gestoßen ist⁴⁷, zeigt den Einfluß dieser

Richtung. Den Arbeiten von Dirk Stegmann und Joachim Radkau kommt dabei zweifellos ein besonderes Gewicht zu. Und was jene Richtung betrifft, die Geschichte nicht mehr als die Aufeinanderfolge von diplomatischen und militärischen Aktionen, als bloße Ereignisgeschichte, sondern als »historische Sozialwissenschaft« begreift und ihr Zentrum in Bielefeld um Wehler und Kocka hat, so hat sie es vermocht, sich eine eigene Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* zu schaffen und so auch wissenschaftspolitisch ihre Position zu festigen.

Die auf Demokratisierung drängenden Tendenzen, die seit der 68er-Bewegung an Boden gewonnen hatten, brachten in der Faschismus-Diskussion noch in anderer Hinsicht neue Sichtweisen hervor: Der Blick wandte sich ab von den Haupt- und Staatsaktionen, von den politischen Führern und Großorganisationen und richtete sich auf das Alltagsgeschehen, auf das Leben und Handeln der kleinen Leute. Diese »Geschichte von unten«, die vor allem von jüngeren, oft außerhalb des etablierten Wissenschaftsbetriebes arbeitenden Historikern (Geschichtswerkstätten, »Barfußhistorikern«) betrieben wurde, förderte eine Fülle von Erkenntnissen darüber zutage, was Faschismus auf lokaler und regionaler Ebene, für einzelne Familien, Stadtteile und Berufsgruppen bedeutet hatte.⁴⁸ Die soziale Wirklichkeit des Faschismus konnte auf diese Weise konkreter und facettenreicher beschrieben werden. Wenn es auch oft bei der Beschreibung von einzelem blieb und eine Einordnung in den Gesamtzusammenhang des geschichtlichen Geschehens und eine kausale Erklärung nicht gelang und häufig gar nicht angestrebt wurde, hat diese Geschichtsbewegung unsere Kenntnis vom Faschismus doch bedeutend bereichert. Die etablierte Wissenschaft hat manche dieser Ansätze aufgenommen und so z. B. die Verhaltensformen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die zwischen fanatischer Unterstützung und entschlossenem Widerstand lagen, nun differenzierter beschrieben.⁴⁹

In zwei Problemfeldern ist der Erkenntnisfortschritt besonders eklatant: Erstens entstanden aus dem wachsenden Emanzipationsbewußtsein besonders der Frauen umfangreiche Forschungen über die Lage der Frauen im Faschismus⁵⁰, die auch theoretisch neue Probleme aufwarfen: Sie fragten eindringlich nach der Bedeutung der Geschlechterfrage für den geschichtlichen Prozeß. Zweitens wurde die soziale Wirklichkeit des Faschismus, wie sie sich in den Fabriken und Konzentrationslagern, für Zwangsarbeiter, Häftlinge und Juden darstellte, nun viel detaillierter erforscht. Daraus ergaben sich auch neue Thesen und Kontroversen über die »Ökonomie« der Vernichtungspolitik und in der Frage des Massenmords an den Juden.⁵¹

Eine beträchtliche Verschärfung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung brachten die 80er Jahre. Im Gefolge der 1982 gebildeten »Regierung der Wende« wurde 1984/85 eine ideologische Offensive gestartet, die auf Rehabilitierung des Nationalismus zielte. Ein neues Bewußtsein »nationaler Identität« werde gebraucht, so hieß es, um die vielfältigen Krisen und Gefahren der Gegenwart zu bewältigen.⁵² Es schloß sich eine von angesehenen konservativen Historikern getragene und vom rechten Flügel der Unionsparteien und großbürgerlichen Zeitungen massiv unterstützte Offensive an, die insbesondere den Krieg des deutschen Faschismus gegen die Sowjetunion zu rehabilitieren suchte und auch die riesigen Verbrechen des Faschismus einschließlich des Massensmords an den Juden zu relativieren unternahm. Bei diesem »Historikerstreit«⁵³ gelang der Rechten allerdings kein Erfolg: Liberale und linke Historiker bezogen entschiedene Gegenpositionen und erwiesen die Thesen der konservativen Historiker als wissenschaftlich unhaltbar und politisch gefährlich. Auch innerhalb der Union erhoben sich Gegenstimmen - besonders wirksam in Gestalt des Bundespräsidenten Weizsäcker. So führte der Versuch der Rechten, herauszutreten »aus dem Schatten Hitlers« (F.J. Strauß), um unbefangen wieder Machtpolitik auf der Basis neu gewonnener ökonomischer und militärischer Potenz treiben zu können, nicht zum Erfolg. Allerdings trug er wesentlich dazu bei, nationalistische Denkmuster wieder salonfähig zu machen.

Die zentrale Frage all der vielfältigen Kontroversen in der Faschismuskussion ist nach wie vor, ob die Errichtung der faschistischen Diktatur und deren Politik von den gesellschaftlichen Bedingungen, Kräften und Interessen her erklärt werden, ob also vom Kapitalismus die Rede ist oder nicht. Damit ist auch die Frage nach den politischen Inhalten und Gefahren der Eigentumsverfassung und nach den sozialen Grundlagen der herrschenden Klasse gestellt - und nach den Folgen, die sich für eine antifaschistische Strategie aus den Erfahrungen mit dem Faschismus ergeben. Wird die Frage nach dem Kapitalismus nicht gestellt, sondern wird der Faschismus hauptsächlich erklärt aus dem Charakter und der Geistesverfassung seiner Führer oder aus dem angeblichen Irrationalismus der Massen oder aus der als Schicksalsergebnis dargestellten Wirtschaftskrise oder aus anderen angeblich schicksalhaften oder zufälligen Verkettungen von Umständen oder als Produkt des deutschen Nationalcharakters oder aus der Weitergabe bestimmter Ideen von Nietzsche bis Hitler oder aus dem Versailler Vertrag (also der Schuld auswärtiger Mächte), so läuft dies, wie in diesem Buch dargelegt, auf eine Verschleierung der Hauptsache hinaus. (Dabei ist natürlich unbestritten, daß die meisten dieser Momente im Faschi-

sierungsprozeß eine gewisse begünstigende Rolle gespielt haben.) Gegen alle diese Interpretationen haben die Herrschenden denn auch nichts einzuwenden. Aus ihnen ergeben sich weder Folgerungen, die die bestehende Eigentums- und Machtverteilung berühren, noch Konsequenzen für eine realistische antifaschistische Strategie.

Obgleich also die Bedingungen für die Entfaltung kritischer Wissenschaft schwieriger geworden sind, konnten wesentliche Errungenschaften der »Reformperiode« verteidigt werden. Grundlegende Erkenntnisse der Faschismuskritik wie die vom engen Zusammenhang zwischen autoritären Traditionen, ökonomischen Krisen und faschistischen Massenbewegungen oder zwischen dem deutschen Imperialismus im Ersten und im Zweiten Weltkrieg oder zwischen großkapitalistischen Interessen, Abschaffung der Demokratie und militärischer Expansion konnten nicht mehr aus der Welt geschafft werden.

Eher noch wichtiger als die Entwicklung in der Fachwissenschaft und der Intelligenz ist es, ob diejenige Klasse, deren Lebensinteressen nur in der Demokratie verwirklicht werden können und die unter der Herrschaft des Faschismus in besonderem Maße zu leiden hat, die Gefahren rechtzeitig erkennt und den Kampf gegen sie aufnimmt. Für diese Arbeiterklasse und ihre Organisationen ist dies in unserem Lande einerseits besonders dringlich, andererseits aber auch mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Das zwölfjährige Informations- und Propagandamonopol des Faschismus hat auch in der arbeitenden Bevölkerung Spuren hinterlassen, die Ermordung von Zehntausenden der besten Funktionäre der Arbeiterbewegung bedeutete auch längerfristig einen schweren Verlust für Bewußtseinsentwicklung und Kampfkraft. Und die Niederlage in den Kämpfen um gesellschaftliche Neugestaltung nach 1945, die mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 besiegelt wurde, der besonders hysterische Antikommunismus in der Periode des Kalten Kriegs - verbunden mit massiver Unterdrückung gesellschaftskritischer Tendenzen -, dazu die Illusionen, die durch die langdauernde Konjunkturperiode über den sozialen Charakter des Kapitalismus erzeugt worden sind, haben in die gleiche Richtung gewirkt.

Seit dem Ende der 60er Jahre und verstärkt seit der sozialen, mit Massenarbeitslosigkeit verbundenen Krise, die 1973 begann und offensichtlich mit den Mitteln der »freien Marktwirtschaft« für längere Zeit nicht überwunden werden kann, haben sich jedoch neue Tendenzen entwickelt: Die Illusionen, daß der Kapitalismus soziale Sicherheit und Wohlstand für alle dauerhaft gewährleisten könne, daß Krise und Massenarbeitslosigkeit der Vergangenheit angehören, daß der Unternehmer sich um seine »Mitarbeiter« schon kümmern und daß »Vater Staat« im Not-

fall schon für alle sorgen werde, sind in Auflösung begriffen. (Eben deshalb bieten ja die konservativ-reaktionären Kräfte den »starken Staat« als Alternative und Ausweg an.) In den Gewerkschaften haben angesichts dieser Erfahrungen die Tendenzen sich verstärkt, demokratische und sozialistische Alternativen zur bestehenden Wirtschafts- und Eigentumsordnung zu fordern, die Mitbestimmung auszubauen und den reaktionären und faschistischen Tendenzen entschiedener entgegenzutreten. Der Hamburger Kongreß des DGB von 1978, der ausdrücklich verlangte, der Gefahr des Neofaschismus aktiv zu begegnen, zeigte diese Entwicklung deutlich an. Auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wurde die Aufklärung über die faschistischen Kräfte und Gefahren verstärkt. Die Gewerkschaften haben damit auch viele Wissenschaftler ermutigt, sich dem Druck nach rechts nicht anzupassen, sondern die Resultate ihrer Forschungen offen und konsequent zu vertreten.

Im Verlaufe der 80er Jahre haben sich die Konflikte eher noch verschärft: einerseits unternahm die »Regierung der Wende« massive Versuche, den Abbau sozialer Rechte zu beschleunigen und die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften einzuschränken. Und zugleich wurden von der politischen Rechten Ideologien gefördert, die die Ausländer als diejenigen präsentierten, die für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, für Umweltzerstörung und Kriminalität verantwortlich seien. In der Agitation der extremen Rechten erlangte dieses Motiv gänzlich die Dominanz. Intellektuelle der Rechten liefern für Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß »wissenschaftliche« Rechtfertigungen, die sich un schwer als Neufassungen rassistischer Theorien erkennen lassen.⁵⁴

In der Tat liegt eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Gefahren erkannt und überwunden werden können, darin, daß demokratische Wissenschaftler die wirklichen Ursachen und den wirklichen Charakter des Faschismus offenlegen. Auch aus diesen praktischen Gründen ist es sehr notwendig, alle Verschleierungs- und Verklärungsversuche zurückzuweisen und strikt die historische Wahrheit darzulegen. Wissenschaftliche Kontroversen über den Faschismus sind also - ob die Beteiligten das wissen oder nicht - zugleich politische Auseinandersetzungen über die Chancen der Demokratie und die Zukunft unserer Gesellschaft.

Demokratische Wissenschaft und arbeitende Bevölkerung sind also, wie in so vielen Fragen, auch hier aufeinander angewiesen. Durch diese Verbindung zwischen demokratischer Wissenschaft und Arbeiterbewegung kann eine Kraft entstehen, die in der Tat stark genug ist, die Offensive der Rechten abzuwehren, die demokratischen und sozialen Rechte der Massen zu verteidigen und dann jene Aufgabe in Angriff zu neh-

men, die die Demokratie dauerhaft festigen und die Gefahr des Faschismus dauerhaft beseitigen kann: die Überführung der Wirtschaft in die Kontrolle des Volkssouveräns, die Schaffung einer sozialistischen Demokratie, wie sie die Antifaschisten nach 1945 gewollt, die Landesverfassungen dieser Periode noch deutlich artikuliert haben und wie sie das Grundgesetz in Artikel 15 als Möglichkeit ausdrücklich gewährleistet hat. (Daß die Veränderung der Eigentumsverhältnisse allein noch keine Lösung darstellt, wenn nicht das Volk sich wirklich zum Souverän macht und durch demokratische Praxis sich die Kompetenzen aneignet, die zur Selbstregierung erforderlich sind, hat das Beispiel der DDR sehr eindringlich gezeigt.)

- 402 Vgl. dazu den Beitrag von F. Müller, in: Kühnl/Hardach (Hg.), *Die Zerstörung der Weimarer Republik*, a. a. O.
- 403 R. Opitz, *Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus*, a. a. O.; vgl. außerdem: *Wie bekämpft man den Faschismus?*, in: Gossweiler/Kühnl/Opitz, *Faschismus: Entstehung und Verhinderung*, a. a. O.; *Die faschistische Massenbewegung*, in: Kühnl (Hg.), *Texte zur Faschismuskussion I; Über Faschismustheorien und ihre Konsequenzen*, ebd.; *Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933*, Köln 1973; (Hg.), *Europastrategien*, a. a. O.
- 404 U. Holzkamp-Osterkamp, *Faschismus in uns allen?*, in: *Konsequent*, 1982, H. 4, S. 63-80.
- 405 Vgl. I. Bärnthaler, *Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation*, Wien/Frankfurt a. M./Zürich 1971; B. F. Pauley, *Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918-1934*, ebd. 1972; L. Kerek, *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr*, ebd. 1966 (die folgenden Ausführungen beziehen sich auf dieses Buch); G. Botz, *Gewalt in der Politik*, München 1976; ders., *Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938-1945*, Wien/Salzburg 1975; zum ideologischen Kontextvgl. K.-J. Siegfried, *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spann's*, Wien 1974; als Versuch einer Gesamtdarstellung vgl. auch F. L. Carsten, *Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler*, München 1977.
- 406 Vgl. dazu vor allem: B. Moore, *Soziale Ursprünge*, a. a. O., sowie die dort (S. 613ff.) genannte Literatur (die folgenden Zitate sind diesem Werk entnommen); ferner: Y. Sakuzo, *Fascism in Japan*, in: *Contemporary Japan*, Vol. I, No. 2 (Sept. 1932); Y. Yasushi, *Faschismus als Herrschaftssystem in Japan und Deutschland - Versuch eines Vergleichs*, in: *Tradition und Neuheginn*, hg. von J. Hütter u. a., Köln 1975; K. Radek, *Can the reactionary-chauvinist movement in Japan be called fascist?*, in: M. D. Morris, *Japan 1931-1945. Militarism, Fascism, Japanism*, Boston 1963; M. Masao, *Thought and Behaviour in Modern Japanese Politics*, London 1963, bes. Kap. 2.

Dritter Teil

Zur Aktualität des Faschismusproblems

- 1 *Frankfurter Rundschau* vom 3.2.1972.
- 2 Zit. nach *Der Spiegel*, 1972, Nr. 21.
- 3 Vgl. dazu I. Fetscher (Hg.), *Rechtsradikalismus*, a. a. O.; Kühnl u. a., *Die NPD*, a. a. O.; R. Stöss, *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik*, Opladen 1989; R. Kühnl, *Gefahr von rechts?*, a. a. O..
- 4 *Frankfurter Rundschau* vom 15.3.1972.
- 5 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.9.1974; *Deutsche Volkszeitung* vom 6.12.1973.
- 6 *Frankfurter Rundschau* vom 29.11.1973.
- 7 *Frankfurter Rundschau* vom 14.10.1974.
- 8 *Frankfurter Rundschau* vom 11.10.1974
- 9 *Frankfurter Rundschau* vom 7.6.1972; vgl. im übrigen P. Rosenbaum, *Neofaschismus in Italien*, Frankfurt a. M. 1975; sowie allgemein: H. Koppel, *Klassenkämpfe in Italien heute*, Frankfurt a. M. 1972.
- 10 Vgl. dazu H. D. Bamberg, *Die Deutschlandstiftung e. V. Studien über Kräfte der »demokratischen Mitte« und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Meisenheim 1978; M. Imhof, *Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland*, Marburg 1975; L. Krauß/M. Imhof, *Das Rechtskartell in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1972.
- 11 Dazu R. Kühnl, *Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus*, Köln 1972.
- 12 *Wehrkunde*, Mai 1974.
- 13 *Die Welt* vom 26.11.1973.

Anmerkungen - Dritter Teil

- 14 Zit. nach *Deutsche Volkszeitung*, 1973, Nr. 48.
- 15 Bericht der *Frankfurter Rundschau* vom 8.11.1973.
- 16 Bericht der *Frankfurter Rundschau* vom 29.6.1972.
- 17 *Hamburger Abendblatt* vom 22.11.1973.
- 18 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.7.1974.
- 19 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8.9.1978.
- 20 Vgl. dazu bes.: *Ist Chile bei uns möglich? Reaktionen auf den militärfaschistischen Putsch in Chile. Oder: Wie hält es die bundesrepublikanische Rechte mit der Demokratie?*, Texte zur Demokratisierung, H. 10, Frankfurt a. M. 1973; G. Stuby/E. Wulff, *Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile*, Köln 1977; *Konterrevolution in Chile*, hg. v. Komitee »Solidarität mit Chile«, Reinbek 1973; *Chile. Ein Schwarzbuch*, hg. v. H.W. Bartsch u.a., Köln 1974.
- 21 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.9. und 13.9.1973.
- 22 *Die Welt* vom 13.9.1973.
- 23 *Bayernkurier* vom 22.9.1973.
- 24 Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.11.1977.
- 25 B. Starischka, *Der Sturz des Präsidenten Allende in Chile*, »Politikum-Reihe«, 22, Stuttgart.
- 26 Vgl. z.B. *Deutsche Nationalzeitung* vom 19.8.1977; der Gesamtzusammenhang wurde vorzüglich dokumentiert und analysiert von Berlin u. a., *Was verschweigt Fest?*, a. a. O.
- 27 Zum Problem antifaschistischer Strategie vgl. auch die Beiträge von R. Opitz in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1974, H. 11, und in: W. Alff u. a., *Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik*, Köln 1973, S. 117 ff.; K. Faller/H. Siebold, *Neofaschismus. Dulden? Verboten? Ignorieren? Bekämpfen?*, Frankfurt a. M. 1986; M. v. Hellfeld (Hg.), *Dem Haß keine Chance. Der neue rechte Fundamentalismus*, Köln 1989.
- 28 H. Gastrein, *Zum Beispiel Griechenland*, München 1969; A. Skriver, *Soldaten gegen Demokraten. Militärdiktatur in Griechenland*, Köln/Berlin (West) 1968; zur weiteren Information über Griechenland vgl. M. Nikolinakos/K. Nikolaou (Hg.), *Die verhinderte Demokratie. Modell Griechenland*, Frankfurt a. M. 1969; St. Rousseas, *Militärputsch in Griechenland oder Im Hintergrund der CIA*, Reinbek 1968; J. Meynaud/C. T. Aris, *Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland*, Berlin (West) 1969; *Das Argument*, 1970, Nr. 57: *Revolution und Konterrevolution in Griechenland*; P. Bakojannis, *Militärherrschaft in Griechenland*, Stuttgart 1972; Athènes-Presse Libre, *Schwarzbuch der Diktatur in Griechenland*, Reinbek 1970; L. Gyömörey, *Ein europäischer Fall*, Wien/Hamburg 1970; auch der Bericht in der englischen Zeitung *The Observer* vom 1.7.1973 »Greek dictator in CIA's pocket« ist sehr aufschlußreich; zur Opposition vgl. M. Nikolinakos, *Widerstand und Opposition in Griechenland, vom Militärputsch zur neuen Demokratie*, Darmstadt/Neuwied 1974.
- 29 J.-P. Sartre (Hg.), *Griechenland. Der Weg in den Faschismus. Dokumentation zur politischen Situation*, Frankfurt a. M. 1970.
- 30 So Ploritis, S. 94f., und A. Papandreou, S. 102; dagegen behauptet Svoronos - ohne Beleg -, der Obristenputsch sei vom CIA ausgearbeitet worden (S. 9 u. 37).
- 31 E. Schlereth, *Indonesien: Analyse eines Massakers*, Frankfurt a. M. 1970.
- 32 Vgl. dazu bes. den Beitrag von Alvaro Briones u. Orlando Caputo von der Ökonomischen Fakultät der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko, der auf dem Seminar vom 7.-10.12.1976 in Mexico City gehalten wurde; das Seminar wurde gemeinsam von den dortigen Exilchilenen und der lokalen Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert. Der Beitrag wurde in deutsch abgedruckt im *Antiimperialistischen Informationsbulletin*, 1977, H. 3, S. 20 ff.; im folgenden wird nach dieser Fassung zitiert; vgl. auch den Bericht von D. Boris über diese Konferenz in: *Deutsche Volkszeitung* vom 13.1.1977; über die argentinische Diktatur: D. Boris/P. Hiedl, *Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart*, Köln 1978.
- 33 P.A. Baran, *Faschismus in Amerika*, in: ders., *Unterdrückung und Fortschritt*, Frankfurt a.M. 1966, S. 129 ff.

- 34 M. Weißbecker, *Wesen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen Faschismus*, in: *IPW-Berichte*, 1975, H. 8, S. 36 ff.
- 35 Dazu Kühnl u.a., *Die NPD*, a.a.O., bes. S. 326ff.
- 36 M. Clemenz, Thesen zur Faschismuskonferenz in Zagreb vom 13.-15. November 1975, veranstaltet von der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zagreb (ungedruckt).
- 37 So z.B. *Bonner Bulletin*, Nr. 26 vom 4.3.1952, S. 254.
- 38 Vgl. dazu bes. Buch und Film von J. C. Fest (*Hitler*, a. a. O.) und deren kritische Analyse bei J. Berlin u.a., *Was verschleiert Fest?*, a.a.O.
- 39 Vgl. dazu die Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle *Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland* vom September 1977.
- 40 So heißen zwei der zentralen Kapitel im Hitler-Buch Haffners (*Anmerkungen zu Hitler*, a. a. O.).
- 41 *Die Welt* vom 1.10.1973.
- 42 So in einem großen Artikel zur Reichspogromnacht »Der organisierte Ausbruch des Hasses« in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 5.11.1988.
- 43 Zur Gegenthese vgl. R. Kühnl/U. Hörster-Philipps (Hg.), *Hitlers Krieg?*, Köln 1989.
- 44 Vgl. unter anderem W. Wippermann, *Der konsequente Wahn. Ideologie und Politik Adolf Hitlers*, München 1989; M. Funke, *Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen*, Düsseldorf 1989; W. Wippermann (Hg.), *Kontroversen um Hitler*, Frankfurt a. M. 1986; knapp und pointiert haben M. Broszat und H. Mommsen ihre Auffassung herausgearbeitet in dem schon erwähnten *Spiegel Spezial: 100 Jahre Hitler*, 1989.
- 45 Dieser von M. Funke herausgegebene, im Kap. 7 behandelte Sammelband aus dem Jahre 1976 (*Hitler, Deutschland und die Mächte*, a. a. O.) zeigt das Zusammenwirken dieser verschiedenen Positionen und die Kontroversen zwischen ihnen sehr anschaulich.
- 46 Vgl. dazu R. Kühnl, *Die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft*, Köln 1976, bes. S. 35 f.
- 47 So z.B. bei H. Mommsen u.a. (Hg.), *Industrielles System*, a.a.O., S. 935ff.
- 48 Zur theoretischen Reflexion vgl. L. Niethammer (Hg.), *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der »Oral History«*, Frankfurt 1980; H. Heer/V. Ullrich, *Geschichte entdecken*, Reinbek 1985; B. Klewitz, *Kirchhain - Alltag im Dritten Reich*, Marburg 1990.
- 49 Vgl. bes. die vom Münchner Institut für Zeitgeschichte 1983 abgeschlossene sechsbändige Reihe *Bayern in der NS-Zeit*.
- 50 Vgl. unter anderem A. Kuhn/V. Rothe, *Frauen im deutschen Faschismus*, 2 Bände, Düsseldorf 1982; D. Klinksiek, *Die Frau im NS-Staat*, Stuttgart 1982; M. Klaus, *Mädchen im Dritten Reich*, Köln 1983; Frauengruppe Faschismusforschung, *Mutterkreuz und Arbeitsbuch*, Frankfurt a. M. 1981.
- 51 Vgl. *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik*, Bd. 5: *Sozialpolitik und Judenvernichtung*, Berlin (West) 1987; *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik*, Bd. 3: *Herrenmensch und Arbeitsvölker*, Berlin (West) 1986; sowie die Kontroverse zwischen Heim/Aly und Herbert in: *Konkret*, 1989, H. 10 u. 11.
- 52 Dazu R. Kühnl, *Nation, Nationalismus, Nationale Frage*, Köln 1986.
- 53 Dazu R. Kühnl (Hg.), *Streit ums Geschichtsbild*, Köln 1987; »Historikerstreit«, München 1987; H.-U. Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit?*, München 1988.
- 54 Dazu M. Veit, *Die »Neue Rechte« in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M./New York 1987.